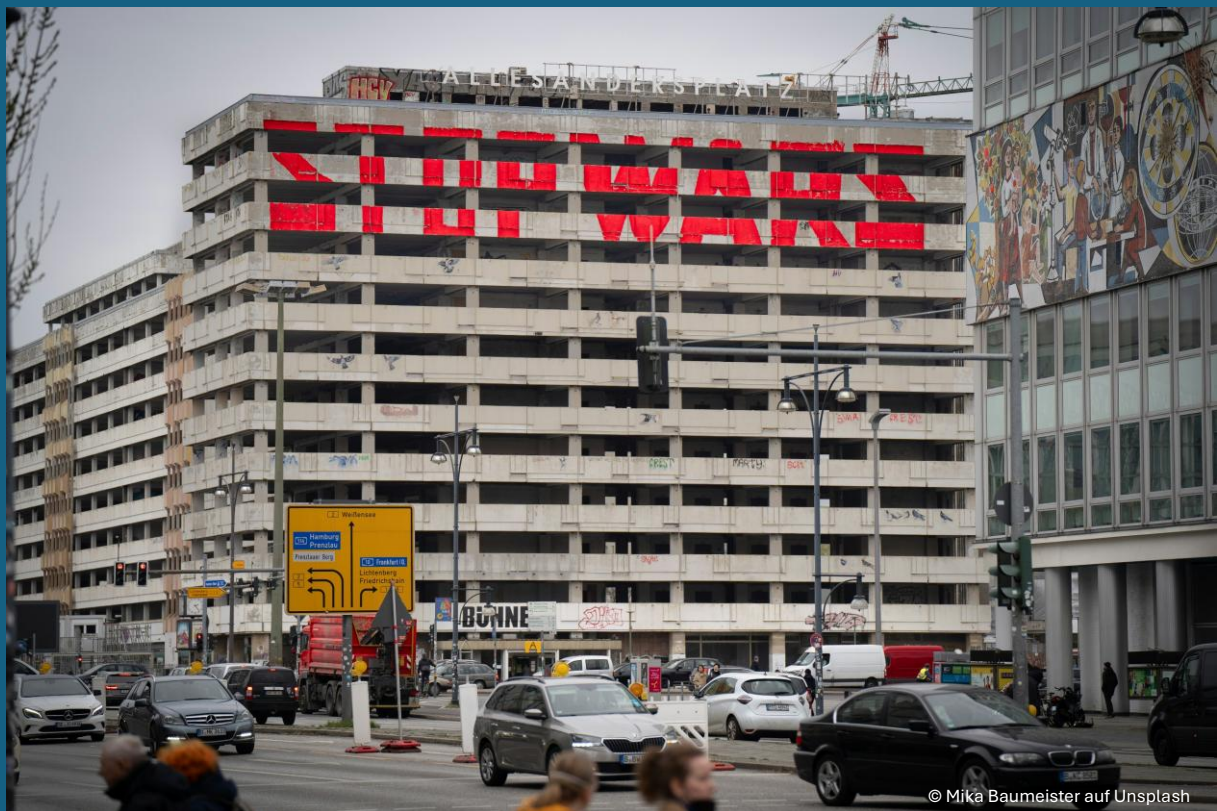


Es ist nicht die Frage ob, sondern wann
der Krieg beginnt.

DIE SCHLEICHENDE KRIEGSERKLÄRUNG



© Mika Baumeister auf Unsplash

Michael Lindner – © Dezember 2024

Dipl. Journalist redaktion@leuchtturmleuchten.de

Inhalt

I. Die schleichende Eskalation: Vom Kalten Krieg zur Gegenwart	4
Krieg als Mittel zur Konfliktlösung von 1945 bis heute	4
Historische Hintergründe und der Ukraine-Konflikt	9
Die zunehmende Militarisierung an den Grenzen	10
Militarisierung des zivilen Raums	10
II. Die möglichen Folgen eines Krieges in Europa	10
Die humanitäre Katastrophe: Das Ausmaß des Leids	10
Wirtschaftliche Instabilität: Der Zerfall globaler Strukturen.....	11
Politische Zersplitterung: Europas fragiler Zusammenhalt	11
Der soziale und moralische Zerfall	12
Mein Fazit: Eine Warnung und ein Appell	12
III. Zurückhaltung von Journalist:innen zum Thema Kriegsgefahr.....	13
Die Verantwortung des Journalismus – eine Gratwanderung	13
Neutralität – ein zweischneidiges Schwert.....	13
Angst vor Konsequenzen – die selbst auferlegte Zensur	13
Ein Fokus auf Interpretationsspielräume – die Vermeidung klarer Positionen	14
Die Vermeidung von Eskalation – ein überstrapaziertes Argument	14
Die Rolle der Gesprächsführung – zwischen Offenheit und Konfrontation	14
Die fehlende Thematisierung klarer Kriegsgefahr – ein strukturelles Problem	14
Mein Fazit: Eine Aufgabe mit Potenzial	15
IV. Maßnahmen zur Verhinderung eines Konflikts.....	15
Widerstand gegen Militarisierung – eine Frage der Verantwortung.....	15
Förderung diplomatischer Lösungen – Lektionen der Geschichte.....	16
Aufklärung und Bildung – der Kampf gegen Kriegspropaganda.....	16
Förderung internationaler Zusammenarbeit – ein globaler Ansatz	17
Mein Fazit – eine schwierige, aber notwendige Aufgabe	17
V. Was folgt: Der schmale Grat zwischen Frieden und Krieg.....	17
Credits	19
Hinweis auf die Nutzung von KI.....	19
Literaturhinweise, die in die Recherche zum Beitrag einfließen:.....	19

Während Millionen Menschen in der Bundesrepublik und anderen westlichen Staaten die Weihnachtszeit genießen, sich auf Märkten in Glühwein und reichhaltigem Essen verlieren, treten globale Spannungen immer deutlicher zutage. Es ist eine Ironie des Augenblicks, dass inmitten dieser festlichen Atmosphäre politische und militärische Entwicklungen unübersehbar darauf hindeuten, dass Europa und die Welt am Rande einer neuen Ära der Konfrontation stehen.

Diese Eskalation geschieht nicht plötzlich, sondern in leisen, schrittweisen Veränderungen. Neue Waffen werden stationiert, militärische Übungen intensiviert und die Sprache der Politik schärft sich. Am 31. Oktober 2023 sprach Bundesverteidigungsminister Boris Pistorius im Deutschlandfunk über die Notwendigkeit, Deutschlands „Kriegstüchtigkeit“ zu erhöhen. Er betonte, dass Europa vor einer anhaltenden Bedrohung stehe und Deutschland seine Verteidigungsfähigkeit stärken müsse.¹ Und am 22. Dezember 2023 diskutiert Roderich Kiesewetter, Mitglied des Bundestages, im gleichen Sender ebenfalls über die Bedeutung der „Kriegstüchtigkeit“ Deutschlands und kritisierte, dass die Bundeswehr nicht über ausreichende Mittel verfüge, um verteidigungsfähig zu sein.²

Verteidigungsminister Boris Pistorius stellte am 12. Juni 2024 seine Pläne für einen neuen Wehrdienst vor, der die vor 13 Jahren ausgesetzte Erfassung von Wehrfähigen wieder aufnimmt. Künftig sollen alle 18-jährigen Männer verpflichtet werden, einen Fragebogen auszufüllen, in dem sie Auskunft über ihre Bereitschaft und Fähigkeit zum Dienst geben. Für Frauen ist die Teilnahme an dieser Befragung freiwillig. Dieser Schritt zielt darauf ab, die Personalstärke der Bundeswehr zu erhöhen und die Verteidigungsfähigkeit Deutschlands angesichts der veränderten sicherheitspolitischen Lage zu stärken. Pistorius betonte die Notwendigkeit, Deutschland „kriegstüchtig“ zu machen, um gemeinsam mit den NATO-Verbündeten eine glaubhafte Abschreckung zu gewährleisten. Die Einführung des verpflichtenden Fragebogens für junge Männer markiert eine bedeutende Änderung in der deutschen Verteidigungspolitik und unterstreicht die Bemühungen, die Bundeswehr personell zu stärken. Diese Maßnahme ist Teil einer umfassenderen Strategie zur Anpassung an die aktuellen sicherheitspolitischen Herausforderungen.

Die Regierungen der Vereinigten Staaten von Amerika und der Bundesrepublik Deutschland gaben am 10. Juli 2024 am Rande des NATO-Gipfels in Washington bekannt, dass ab 2026 weitreichende US-Waffensysteme, darunter Marschflugkörper und Hyperschallwaffen, vorübergehend in Deutschland stationiert werden sollen. „Scholz und Habeck bezeichnen geplante Stationierung weitreichender US-Waffen in

¹ Deutschlandfunk. Boris Pistorius im Gespräch mit Maria Grunwald. Datum: 31.10.2023 (letzter Download: 06.12.2024)

² Deutschlandfunk. Roderich Kiesewetter, (CDU), Mitglied des Auswärtigen Ausschusses des Deutschen Bundestages im Gespräch mit Christoph Heinemann. 25.11.2024 22.12.2023 (letzter Download: 06.12.2024)

Deutschland als notwendig“, überschreibt der Deutschlandfunk seine Nachricht am 12. Juni 2024.³

Aktuell lagern in Deutschland schätzungsweise bis zu 20 US-amerikanische Atombomben des Typs B61 auf dem Fliegerhorst Büchel in der Eifel. Diese Bomben sind Teil der nuklearen Teilhabe der NATO, bei der die deutsche Luftwaffe im Ernstfall für den Abwurf der Waffen verantwortlich wäre. Die genaue Anzahl und der aktuelle Status der in Deutschland stationierten US-Atomwaffen werden von offizieller Seite weder bestätigt noch dementiert. Die genannten Zahlen basieren auf Schätzungen von Nichtregierungsorganisationen und Experten.⁴

Die B61-Bomben werden derzeit modernisiert und sollen durch die präzisere und lenkbare Version B61-12 ersetzt werden. Die Stationierung dieser neuen Bomben in Europa ist zwischen 2024 und 2026 geplant. Die deutsche Luftwaffe plant zudem, ihre Tornado-Kampffjets durch F-35A Lightning II zu ersetzen, die für den Einsatz der B61-12 zertifiziert sind.

Hier lohnt ein Blick mit den Augen von Günter Gaus⁵ zurück in das Jahr 1983: „Die nichtnuklearen Staaten Westeuropas, vorneweg die Bundesrepublik, haben in der gegebenen Lage ihr politisches Interesse dem der USA geopfert, damit die Nato nach amerikanischem Verständnis intakt bleibt.“⁶

Der deutsche Bundesverteidigungsminister, Boris Pistorius, ist noch vor dem Ende einer Untersuchung am 19. November 2024 der festen Überzeugung, dass die Beschädigung des Unterwasser-Kommunikationskabels auf Sabotage zurückzuführen sei. „Pistorius sagte am Rande eines Treffens der Verteidigungsminister der EU-Länder in Brüssel, es sei offensichtlich, dass es sich um eine hybride Aktion gehandelt habe. Niemand glaube, dass ein Unfall die Ursache gewesen sei. Man müsse Infrastruktur vor solchen Angriffen besser schützen, forderte Pistorius.“⁷

Der Deutschlandfunk vermeldet am 25. November 2024, dass das Bundesamt für Bevölkerungsschutz an einem neuen Bundesschutzplan arbeite. Es werde geprüft, welche öffentlichen Gebäude als Schutzräume genutzt werden könnten. Eine App solle

³ Deutschlandfunk. Scholz und Habeck bezeichnen geplante Stationierung weitreichender US-Waffen in Deutschland als notwendig. <https://www.deutschlandfunk.de/scholz-und-habeck-bezeichnen-geplante-stationierung-weitreichender-us-waffen-in-deutschland-als-notw-102.html>. Datum: 12.06.2024. (letzter Aufruf: 08.12.2024)

⁴ Mathias Brandt. Nuklearwaffen. Wo sind in Europa Atomwaffen stationiert? <https://de.statista.com/infografik/31763/europaeische-militaerbasen-auf-denen-nuklearwaffen-stationiert-sind/>. Statista. Datum 16.02.2024 (letzter Aufruf: 08.12.2024)

⁵ Wikipedia. https://de.wikipedia.org/wiki/G%C3%BCnter_Gaus (letzter Aufruf: 08.12.2024)

⁶ Günter Gaus. Deutschland und die Nato. Drei Reden. Rowohlt Taschenbuch Verlag GmbH, Reinbek bei Hamburg. Mai 1984

⁷ Deutschlandfunk. Ostsee. Pistorius: Schäden an Kommunikationskabeln waren wohl Sabotage. <https://www.deutschlandfunk.de/pistorius-schaeden-an-kommunikationskabeln-waren-wohl-sabotage-106.html>. Datum: 19.11.2024. (letzter Aufruf: 06.12.2024)

Bürger über nahegelegene Bunker informieren, und Eigenheimbesitzer sollen ermuntert werden, Schutzräume in Kellern oder Garagen einzurichten.⁸

Am 28. November 2024 gab Generalmajor Christian Freudig, Leiter des Lagezentrums Ukraine, ebenfalls im Deutschlandfunk ein Interview, in dem er warnte, dass Russland das Land auf Kriegswirtschaft umgestellt habe, seine Munitionsvorräte aufstocke und die Streitkräfte in den nächsten Jahren einen Umfang von bis zu 1,5 Millionen Soldaten erreichen könnten. Er bezeichnete Russland als die größte Bedrohung für die NATO und Deutschland auf absehbare Zeit.⁹

Diese Entwicklungen finden jedoch oft wenig Beachtung, verdeckt von den alltäglichen Ablenkungen und der kollektiven Ignoranz gegenüber den alarmierenden Zeichen.

In den folgenden Überlegungen analysiere ich die schleichende Eskalation zwischen der NATO und Russland, die möglichen Folgen eines bewaffneten Konflikts, der vor allem Europa betreffen würde, und skizziert Maßnahmen, die ergriffen werden könnten, um eine weitere Verschärfung der Lage zu verhindern. Es besteht nicht der Anspruch auf Vollständigkeit.

I. Die schleichende Eskalation: Vom Kalten Krieg zur Gegenwart

Krieg als Mittel zur Konfliktlösung von 1945 bis heute

Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges hat sich die Dynamik kriegerischer Auseinandersetzungen weltweit erheblich verändert. Während der Konflikttyp von klassischen zwischenstaatlichen Kriegen hin zu innerstaatlichen und internationalisierten Konflikten wechselte, blieben die grundlegenden Ursachen für Gewalt und Instabilität weitgehend unverändert. Diese Entwicklung zeigt eine tieferliegende strukturelle Problematik, die auf wirtschaftlicher Ungleichheit, geopolitischen Interessen und der systematischen Ausbeutung von Menschen und Ressourcen beruht.

Unmittelbar nach 1945 begann das Zeitalter des Kalten Krieges, welches die globale Konfliktodynamik maßgeblich prägte. Ideologische Rivalitäten zwischen Kapitalismus und Sozialismus führten zu zahlreichen Stellvertreterkriegen, in denen Großmächte wie die USA und die Sowjetunion ihre Interessen auf Kosten kleinerer Staaten durchzusetzen versuchten. Beispiele hierfür sind der Koreakrieg (1950 – 1953), der Vietnamkrieg (1955 – 1975) oder der Afghanistan-Konflikt (seit 1978).¹⁰ Diese Kriege dienten weniger der

⁸ Deutschlandfunk. <https://www.deutschlandfunk.de/bundesamt-fuer-bevoelkerungsschutz-arbeitet-offenbar-an-neuem-bunker-schutzplan-108.html>. Datum: 25.11.2024. (letzter Aufruf: 06.12.2024)

⁹ Deutschlandfunk. Christian Freudig, Leiter des Lagezentrums Ukraine im Gespräch mit Dr. Stefan Heinlein. „Krieg in der Ukraine. Schwierige militärische Lage, vor allem im Donbas“. <https://www.deutschlandfunk.de/ukraine-interview-mit-general-christian-freuding-leiter-lagezentrum-ukraine-dlf-56792b14-100.html>. Datum: 28.11.2024. (letzter Aufruf: 06.12.2024)

¹⁰ Wikipedia. <https://de.wikipedia.org/wiki/Koreakrieg>; <https://de.wikipedia.org/wiki/Vietnamkrieg>; https://de.wikipedia.org/wiki/Krieg_in_Afghanistan; (letzter Aufruf: 08.12.2024)

territorialen Expansion, sondern vielmehr der geopolitischen Kontrolle und der Durchsetzung ideologischer Dominanz. Mit dem Zerfall der Sowjetunion 1991 endete vermeintlich der Kalte Krieg, aber die Konfliktdynamik blieb bestehen, wenngleich sich ihr Charakter veränderte. Die Machtkonstellationen verschwanden scheinbar mit der Auflösung des Warschauer Paktes, doch die NATO sah keinen Grund, sich ebenfalls aufzulösen.¹¹ Neue Gegner wurden im Terrorismus ausgemacht, herbeigerufen oder über Geheimdienste installiert.¹²

Nach dem Kalten Krieg sah sich die Welt mit einer Zunahme innerstaatlicher Konflikte konfrontiert. Der Zerfall von Staaten wie Jugoslawien (1991 – 2001) oder die ethnischen Säuberungen im Völkermord in Ruanda (07.04. – Mitte Juli 1994) führten zu grausamen Bürgerkriegen, die internationale Aufmerksamkeit erregten.¹³ Die Ursachen für diese Konflikte lagen oft in Machtvakuum, ungelösten historischen Spannungen und den Nachwirkungen kolonialer Grenzziehungen, die ethnische und kulturelle Gruppen gegeneinander aufbrachten. Gleichzeitig begann die globale Ordnung, sich von bipolaren Machtstrukturen hin zu einer multipolaren Welt zu verschieben, in der neue Akteure wie China, die Europäische Union und regionale Mächte an Einfluss gewannen.

Ab den 2000er Jahren wurden innerstaatliche Konflikte zunehmend internationalisiert. Bürgerkriege in Ländern wie Syrien (seit 2011 mit einem scheinbaren Ende seit dem 08.12.2024 durch den Sturz des Präsidenten Assad durch islamistische Aufständische^{14,15}) und der Russland-Ukraine-Krieg (seit der Besetzung der Krim 2014) oder im Sudan (seit 2023) zogen die Beteiligung externer Mächte nach sich, die entweder durch direkte militärische Interventionen oder durch Unterstützung von Konfliktparteien Einfluss nahmen.¹⁶ Dieser Trend spiegelt die globalisierte Natur moderner Konflikte wider, bei denen geopolitische und wirtschaftliche Interessen eng miteinander verwoben sind. Zugleich spielen neue Bedrohungsformen wie der Klimawandel eine immer größere Rolle,

¹¹ Wikipedia. https://de.wikipedia.org/wiki/Warschauer_Pakt; <https://de.wikipedia.org/wiki/NATO> (letzter Aufruf: 08.12.2024)

¹² Hier sei erinnert an die finanzielle, militärische und logistische Unterstützung von Al-Qaida (<https://de.wikipedia.org/wiki/Al-Qaida> - letzter Aufruf: 08.12.2024) durch die USA oder die Installation der Hamas im Gazastreifen (<https://de.wikipedia.org/wiki/Hamas> - letzter Aufruf: 08.12.2024) durch verschiedene Akteure der Israelischen Regierung (<https://www.evangelische-zeitung.de/historiker-hamas-wurde-von-israels-regierung-aktiv-unterstuetzt>. 17.11.2023 – letzter Aufruf: 08.12.2024)

¹³ Wikipedia. <https://de.wikipedia.org/wiki/Jugoslawienkriege>; https://de.wikipedia.org/wiki/V%C3%B6lkerkermord_in_Ruanda (letzter Aufruf: 08.12.2024)

¹⁴ Deutschlandfunk. <https://www.deutschlandfunk.de/syrien-und-die-dynamik-in-nahost-nach-assads-sturz-politologin-sophia-hoffmann-dlf-d04649da-100.html>. Datum: 08.12.2024 (letzter Aufruf: 08.12.2024)

¹⁵ Die Politologin Sophia Hoffmann beschreibt den Sturz Assads in dem Beitrag im Deutschlandfunk: „Das ist ein großer Tag für die Freiheit“. Es bleibt jedoch abzuwarten, ob sich rund um Israel ein weiterer islamistischer Gottesstaat nach dem Vorbild des Iran bilden und anschließend den Irak ebenfalls in diesen Strudel des religiösen Staatsfanatismus ziehen wird. Damit erhöht sich die Gefahr eines zweiten größeren Flächenkrieges um Israel und damit auf dem Planeten, den sowohl die USA als auch die NATO insgesamt neben dem Russland-Ukraine-Krieg nicht unter Kontrolle bringen werden.

¹⁶ Wikipedia. https://de.wikipedia.org/wiki/B%C3%BCrgerkrieg_in_Syrien_seit_2011; https://de.wikipedia.org/wiki/Russisch-Ukrainischer_Krieg; [https://de.wikipedia.org/wiki/Krieg_im_Sudan_\(seit_2023\)](https://de.wikipedia.org/wiki/Krieg_im_Sudan_(seit_2023)) (letzter Aufruf: 08.12.2024)

indem sie Ressourcenknappheit und soziale Spannungen verschärfen, besonders in Regionen wie dem Nahen Osten und Afrika.

Die Ursachen für die anhaltende Gewalt und Instabilität sind vielfältig. Eine der zentralen Triebkräfte ist die wachsende wirtschaftliche Ungleichheit. Die Kluft zwischen Superreichen und den ärmeren Bevölkerungsschichten hat in den letzten Jahrzehnten massiv zugenommen, was soziale Spannungen und Konflikte begünstigt. „Das Gesamtvermögen von Milliardären ist in den vergangenen zehn Jahren um 121 % von 6,3 Billionen auf 14 Billionen USD gestiegen. Es hat sich damit besser entwickelt als die globalen Aktienmärkte. Die Zahl der Milliardäre stieg im gleichen Zeitraum von 1.757 auf 2.682.“¹⁷ Karl Marx' Profittheorie bietet hier eine Erklärung: Kapitalistische Produktionsverhältnisse beruhen auf der Ausbeutung von Arbeitskraft, wobei der Mehrwert, den die Arbeiter erzeugen, hauptsächlich den Kapitalisten zugutekommt. Dieses System produziert systematisch Ungleichheit und strukturelle Armut, da die Profite weniger Akteuren zugutekommen, während die breite Masse wenig bis gar nicht von wirtschaftlichem Wachstum profitiert. Diese Ungleichheit manifestiert sich besonders deutlich in der globalen Ausbeutung von Ressourcen, bei der multinationale Konzerne enorme Gewinne erzielen, während die betroffenen Länder des Globalen Südens oft in Armut zurückgelassen werden. Marx zitiert hier im 1. Band des Kapital T. J. Dunning: „Das Kapital hat einen Horror vor Abwesenheit von Profit oder sehr kleinem Profit, wie die Natur vor der Leere. Mit entsprechendem Profit wird Kapital kühn. Zehn Prozent sicher, und man kann es überall anwenden; 20 Prozent, es wird lebhaft; 50 Prozent, positiv waghalsig; für 100 Prozent stampft es alle menschlichen Gesetze unter seinen Fuß; 300 Prozent, und es existiert kein Verbrechen, das es nicht riskiert, selbst auf Gefahr des Galgens. Wenn Tumult und Streit Profit bringen, wird es sie beide encouragieren.“¹⁸

Neben der ökonomischen Ausbeutung tragen auch geopolitische Interessen maßgeblich zur Aufrechterhaltung von Konflikten bei. Großmächte nutzen lokale Kriege, um ihre strategischen Positionen zu sichern oder Rohstoffressourcen zu kontrollieren. Die Unterstützung von Milizen, militärische Interventionen und Wirtschaftssanktionen sind dabei gängige Mittel, um Einfluss zu gewinnen. Gleichzeitig spielen kulturelle und religiöse Spannungen eine Rolle, die oft politisch instrumentalisiert werden, um Machterhalt zu sichern.

Eine weitere treibende Kraft hinter der Fortsetzung von Konflikten ist der militärisch-industrielle Komplex, der in vielen Ländern tief in die Wirtschaft eingebettet ist. Waffenexporte und militärische Ausgaben schaffen finanzielle Anreize für den Fortbestand von Kriegen, da Rüstungsunternehmen und deren politische Unterstützer von Konflikten profitieren. „Die kombinierten Rüstungseinnahmen der weltweit größten

¹⁷ UBS. Billionaire Ambitions Report 2024. Zürich 05.12.2024, <https://www.ubs.com/global/de/media/display-page-ndp/de-20241205-billionaire-ambitions-report-2024.html>

¹⁸ Marx, Karl: Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie. Buch I: Der Produktionsprozeß des Kapitals. http://www.mlwerke.de/me/me23/me23_741.htm#Kap_24_6 (letzter Aufruf: 06.12.2024)

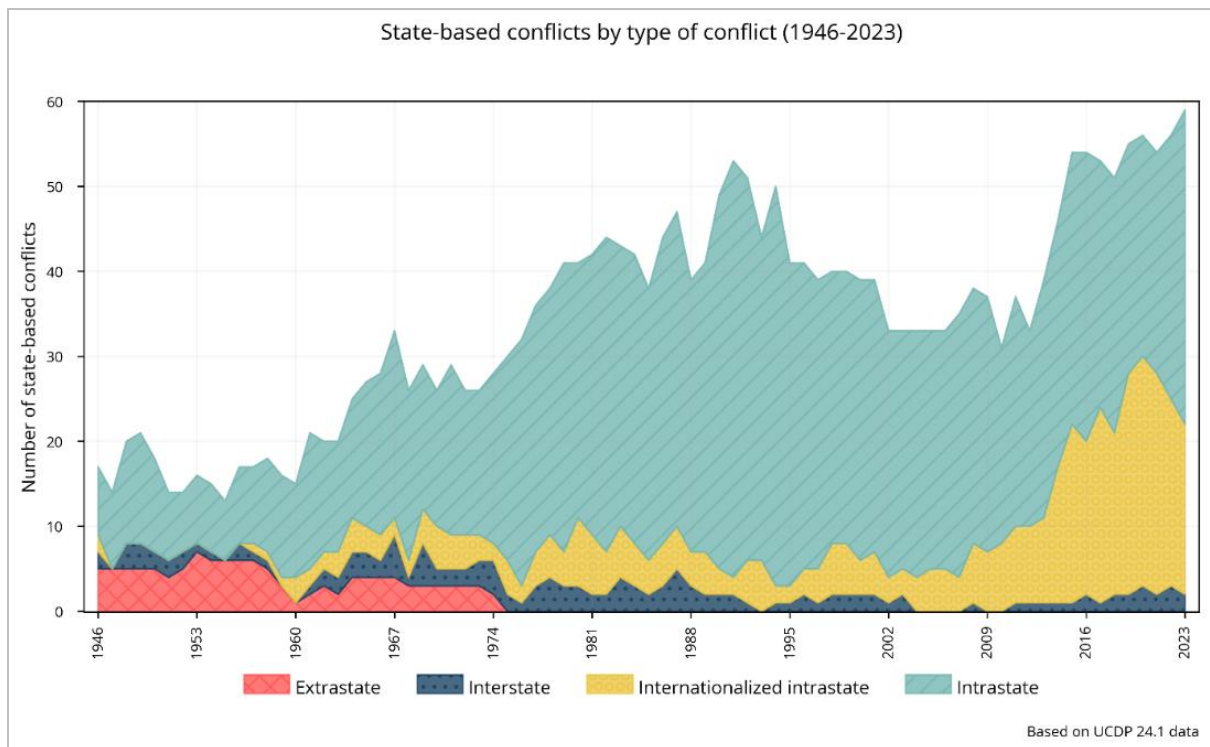
Rüstungs- und Militärdienstleistungsunternehmen (die SIPRI Top 100) stiegen im Jahr 2023 um 4,2 Prozent auf 632 Milliarden US-Dollar. Die gesamten Rüstungseinnahmen der Top 100 stiegen zwischen 2015 und 2023 um 19 Prozent.“¹⁹ Frieden, der diesen Profitströmen im Weg stehen könnte, wird dadurch zu einer sekundären Priorität.

Die anhaltende Unfähigkeit der Menschheit, Konflikte durch friedliche Mittel zu lösen, liegt in diesen tief verwurzelten strukturellen Problemen begründet. Ökonomische Interessen und Machtpolitik dominieren die internationalen Beziehungen, während soziale Ungleichheiten weiter zunehmen. Auch internationale Organisationen wie die UNO oder regionale Bündnisse wie die EU stoßen oft an ihre Grenzen, da sie von geopolitischen Rivalitäten und Vetos blockiert werden. Bildung und Aufklärung könnten langfristig helfen, das Bewusstsein für diese Strukturen zu schärfen, doch sie werden häufig durch staatliche oder wirtschaftliche Interessen begrenzt.

Ein zentraler Faktor, der oft übersehen wird, ist der Zusammenhang zwischen wirtschaftlicher Ungleichheit und sozialer Unzufriedenheit. Menschen, die von Ressourcen und Macht ausgeschlossen sind, wehren sich entweder durch Proteste oder durch Gewalt, wodurch sich Konflikte weiter verschärfen. Marx' Analyse, dass Kapitalakkumulation notwendigerweise Ungleichheit produziert, erklärt, warum soziale Spannungen in einer kapitalistischen Weltordnung unvermeidlich sind. Friedliche Lösungen erfordern daher einen grundlegenden Wandel in der Verteilung von Ressourcen und der globalen Wirtschaftsordnung.

Die Menschheit scheitert an der Lösung ihrer Konflikte, weil grundlegende Probleme wie Ungleichheit, Machtkonzentration und wirtschaftliche Ausbeutung nicht adressiert werden. Ein nachhaltiger Frieden erfordert radikale Veränderungen – sowohl in der Art, wie Gesellschaften organisiert sind, als auch in der internationalen Zusammenarbeit. Solange ökonomische Interessen über Gerechtigkeit und Menschlichkeit gestellt werden, bleiben Konflikte ein unvermeidlicher Bestandteil der globalen Ordnung. Marx' Vision einer gerechteren Welt bleibt daher nicht nur ein theoretisches Konzept, sondern eine dringende Notwendigkeit.

¹⁹ Lorenzo Scarazzato, Dr Nan Tian, Dr Diego Lopes da Silva, Xiao Liang and Katarina Djokic. The SIPRI Top 100 Arms-producing and Military Services Companies, SIPRI Publications. 2023 <https://www.sipri.org/publications/2024/sipri-fact-sheets/sipri-top-100-arms-producing-and-military-services-companies-2023>. Datum: Dezember 2024. (letzter Aufruf und letzter Download: 06.12.2024)



Staatlich basierte Konflikte nach Konflikttyp (1946–2023)²⁰

Legende:

Y-Achse: Anzahl der staatlich basierten Konflikte

X-Achse: Jahre (1946 bis 2023)

- **Extraterritorial:** Konflikte außerhalb des Territoriums eines Staates
- **Zwischenstaatlich:** Konflikte zwischen zwei oder mehr Staaten
- **Internationalisierte innerstaatliche Konflikte:** Bürgerkriege oder Konflikte innerhalb eines Staates, bei denen ausländische Staaten eingreifen
- **Innerstaatlich:** Konflikte innerhalb eines Staates ohne direkten ausländischen Einfluss

Bewertung der Daten:

1. **Zunahme innerstaatlicher Konflikte:** Der größte Anteil an Konflikten seit 1946 entfällt auf innerstaatliche Konflikte (grün schraffiert). Diese haben besonders ab den 1990er Jahren erheblich zugenommen. Gründe hierfür könnten das Ende des Kalten Krieges, der Zerfall von Staaten wie der Sowjetunion und Jugoslawien sowie die wachsende Bedeutung nichtstaatlicher Akteure sein.
2. **Abnahme extraterritorialer Konflikte:** Die Zahl extraterritorialer Konflikte (rot) hat seit den 1960er Jahren stark abgenommen. Diese Art von Konflikten war vor allem während der Kolonialzeit prägend, als europäische Mächte Kolonialkriege führten.

²⁰ Davies, Shawn, Garoun Engström, Therese Pettersson & Magnus Öberg (2024). Organisierte Gewalt 1989-2023 und die Verbreitung organisierter krimineller Gruppen. Zeitschrift für Friedensforschung 61(4). Uppsala Conflict Data Program (UCDP). <https://ucdp.uu.se/downloads/charts/> (letzter Aufruf: 06.12.2024)

3. **Stabilität zwischenstaatlicher Konflikte:** Zwischenstaatliche Konflikte (blau) bleiben über die Jahrzehnte hinweg auf einem relativ niedrigen Niveau, was auf die Wirksamkeit internationaler Institutionen wie der UNO und regionaler Sicherheitsbündnisse (z. B. NATO) hinweist.
4. **Anstieg internationalisierter innerstaatlicher Konflikte:** Ab den 2000er Jahren ist ein deutlicher Anstieg internationalisierter innerstaatlicher Konflikte (gelb) erkennbar. Beispiele hierfür sind der Bürgerkrieg in Syrien und der Ukraine-Konflikt, bei denen ausländische Akteure direkt oder indirekt beteiligt sind. Dies spiegelt die zunehmende Verflechtung globaler Sicherheitsfragen wider.
5. **Historische Höhepunkte:**
 - **1960er Jahre:** Zahlreiche Kolonialkonflikte und nationale Befreiungsbewegungen (starker Anteil extraterritorialer Konflikte).
 - **1990er Jahre:** Nach dem Ende des Kalten Krieges traten innerstaatliche Konflikte in den Vordergrund, häufig in Form ethnischer oder religiöser Konflikte.
 - **Nach 2010:** Der Anstieg internationalisierter Konflikte zeigt die globale Dimension moderner Kriege.

Mein Fazit:

Das Diagramm verdeutlicht den Wandel in der Natur und Dynamik staatlich basierter Konflikte. Während zwischenstaatliche Kriege abgenommen haben, dominieren heute innerstaatliche und internationalisierte Konflikte, die häufig komplexer und schwerer zu lösen sind. Die zunehmende Internationalisierung von Konflikten unterstreicht die Bedeutung globaler Zusammenarbeit und Konfliktprävention.

Historische Hintergründe und der Ukraine-Konflikt

Die geopolitischen Spannungen zwischen der NATO und Russland haben sich seit dem Ende des Kalten Krieges kontinuierlich aufgebaut. Der Zerfall des Warschauer Pakts im Jahr 1991 führte zwar zu einer kurzfristigen Entspannung, doch die Osterweiterung der NATO wurde von Russland als Verletzung strategischer Vereinbarungen wahrgenommen. Insbesondere der Beitritt osteuropäischer Staaten und zuletzt Finnlands zum westlichen Bündnis hat die Gräben vertieft.

Der Krieg in der Ukraine ist der gegenwärtige Höhepunkt dieser Entwicklung. Als zentraler Konfliktpunkt zwischen Russland und dem Westen hat er globale Dimensionen angenommen. Die Unterstützung der Ukraine durch NATO-Staaten, sei es durch Waffenlieferungen, finanzielle Mittel oder die militärische Ausbildung von Streitkräften, wird von Russland als direkte Bedrohung betrachtet. Der jüngste Schritt, der Ukraine den Einsatz westlicher Langstreckenwaffen auf russischem Territorium zu gestatten, verdeutlicht die Eskalationsdynamik. Diese Entscheidung hat das Risiko eines direkten Konflikts zwischen NATO-Staaten und Russland erheblich erhöht.

Die zunehmende Militarisierung an den Grenzen

Seit Jahren verstärkt die NATO ihre Präsenz in Osteuropa. Großmanöver wie „Steadfast Defender“ und die geplante Stationierung neuer US-amerikanischer Langstreckenwaffen in Deutschland ab 2026 sind Ausdruck dieser Strategie. Aus Sicht der NATO handelt es sich hierbei um Maßnahmen zur Abschreckung. Doch aus russischer Perspektive stellen sie eine Bedrohung dar, die eine Reaktion erfordert. Diese wechselseitige Wahrnehmung führt zu einem gefährlichen Rüstungswettkampf, der das Risiko eines bewaffneten Konflikts erhöht.

Russland hat seinerseits seine Truppen an den Grenzen zur NATO verstärkt und den Ausbau seines nuklearen Arsenal besleunigt. In diesem Umfeld besteht die Gefahr, dass ein Missverständnis oder ein Zwischenfall zu einer unkontrollierbaren Eskalation führen könnte.

Militarisierung des zivilen Raums

In Deutschland und anderen europäischen Staaten wird zunehmend über den Ausbau von Luftschutzbunkern und den Aufbau privater Schutzräume diskutiert. Diese Maßnahmen werden als Vorsichtsmaßnahmen für den Katastrophenschutz dargestellt, stehen jedoch in einem historischen Kontext, der unweigerlich an die Zeiten des Kalten Krieges erinnert. Auch die Rückkehr militärischer Begriffe wie „Wehrhaftigkeit“ oder „Kriegstüchtigkeit“ in den öffentlichen Diskurs trägt zur Normalisierung von Kriegsvorbereitungen bei.

II. Die möglichen Folgen eines Krieges in Europa

Ein Krieg zwischen der NATO und Russland würde eine der größten Katastrophen der modernen Menschheitsgeschichte darstellen. Die Konsequenzen eines solchen Konflikts wären von erschreckender Tragweite und würden die Grundfesten von Gesellschaft, Wirtschaft und Politik nachhaltig erschüttern – nicht nur in Europa, sondern weltweit. Die Zerstörungskraft eines derartigen Krieges und die daraus resultierenden Kettenreaktionen lassen keinen Lebensbereich unberührt.

Die humanitäre Katastrophe: Das Ausmaß des Leids

Im Mittelpunkt stünde das unermessliche menschliche Leid. Ein groß angelegter Krieg würde Millionen von Menschenleben fordern – durch direkte Kampfhandlungen, Bombardierungen und nukleare Angriffe. Ganze Städte könnten dem Erdboden gleichgemacht werden, während zivile Infrastruktur, darunter Krankenhäuser, Schulen und Wohnhäuser, in Schutt und Asche läge. Besonders beunruhigend ist, dass moderne Kriegsführung zunehmend weniger zwischen militärischen und zivilen Zielen unterscheidet. Der Verlust an Menschenleben wäre nicht nur eine Zahl, sondern Ausdruck unermesslicher Tragödien: Familien, die auseinandergerissen werden, Kinder, die ihre Zukunft verlieren, und Gesellschaften, die dauerhaft traumatisiert sind.

Die Vertreibung von Millionen Menschen würde eine Flüchtlingskrise auslösen, die alles bisher Dagewesene übertreffen würde.²¹ Allein in Europa würden Grenzen überrannt, während Hilfsorganisationen und Aufnahmeländer an ihre Kapazitätsgrenzen stoßen. Die humanitären Folgen wären jedoch nicht auf Europa beschränkt. Die Unterbrechung globaler Lieferketten würde zu Hungersnöten und medizinischen Engpässen in Entwicklungsländern führen. Epidemien könnten sich in überfüllten Flüchtlingslagern ausbreiten, und der Zusammenbruch staatlicher Strukturen in betroffenen Regionen würde humanitäre Hilfe erschweren. Diese Katastrophe wäre kein vorübergehendes Ereignis, sondern eine Wunde, die Generationen lang nicht heilen würde.

Wirtschaftliche Instabilität: Der Zerfall globaler Strukturen

Ein Krieg zwischen der NATO und Russland würde die globalisierte Wirtschaft an den Rand des Zusammenbruchs bringen. Europa ist stark von internationalen Lieferketten abhängig, insbesondere in Bereichen wie Energie, Technologie und Lebensmitteln. Der Krieg würde diese Strukturen zerstören, was in massiven Preissteigerungen und Versorgungskrisen resultieren würde. Insbesondere im Energiesektor wären die Auswirkungen verheerend: Ein Krieg könnte die Zufuhr von Gas und Öl aus Russland vollständig unterbrechen, was nicht nur Europa, sondern auch andere Regionen destabilisieren würde, die indirekt von diesem Markt abhängig sind.

Die wirtschaftlichen Folgen wären jedoch nicht auf die direkte Kriegszone beschränkt. Länder mit bereits schwachen Wirtschaften würden diesen Schock nicht überstehen. Hyperinflation, Massenarbeitslosigkeit und die Zerstörung ganzer Wirtschaftszweige könnten in vielen Teilen der Welt zu sozialen Unruhen führen. Besonders betroffen wären ärmere Länder, die bereits heute unter Rohstoffknappheit und Verschuldung leiden. Während die Reichen in sicheren Rückzugsorten verbleiben könnten, würde die ärmere Bevölkerung weltweit die Hauptlast dieses Konflikts tragen. Die Kluft zwischen den Superreichen und den restlichen Menschen würde weiter wachsen, was den sozialen Frieden langfristig gefährden könnte. Die Superreichen fänden Zufluchtsorte, wogegen die restlichen Menschen den direkten oder indirekten Kriegshandlungen hilflos ausgesetzt wären.

Politische Zersplitterung: Europas fragiler Zusammenhalt

Ein umfassender Krieg würde nicht nur die militärischen und wirtschaftlichen Strukturen Europas erschüttern, sondern auch dessen politische Einheit gefährden. Die Europäische Union, die auf den Prinzipien von Zusammenarbeit und Frieden aufgebaut wurde, würde durch die Spannungen eines solchen Konflikts geschwächt. Nationalistische Bewegungen könnten erstarken, da der Krieg in vielen Ländern Ressentiments gegenüber Nachbarn und Bündnispartnern schüren würde. Der ohnehin fragile Zusammenhalt zwischen west- und osteuropäischen Ländern könnte endgültig zerbrechen. Länder wie Polen und die baltischen Staaten, die geografisch näher an Russland liegen, könnten

²¹ Janne Teller. Krieg. Stell dir vor, er wäre hier. Carl Hanser Verlag München 2011.

stärkere Sicherheitsgarantien fordern, was zu internen Konflikten innerhalb der NATO führen könnte.

Darüber hinaus würde ein Krieg zwischen der NATO und Russland auch die globale politische Ordnung destabilisieren. Bündnisse wie die UNO könnten handlungsunfähig werden, da Großmächte wie die USA, Russland und China durch geopolitische Rivalitäten blockiert wären. Der Rückzug in nationale Interessen würde die internationale Zusammenarbeit in zentralen Bereichen wie Klimaschutz und globaler Sicherheit nahezu unmöglich machen. Politische Instabilität und Fragmentierung wären nicht nur eine europäische, sondern eine globale Herausforderung.

Der soziale und moralische Zerfall

Abseits der greifbaren Folgen eines Krieges – der Zerstörung von Infrastruktur, wirtschaftlicher Instabilität und politischen Spannungen – käme es zu einem tiefgreifenden sozialen und moralischen Zerfall. Ein solch groß angelegter Krieg würde in den Köpfen der Menschen eine Mentalität der Angst und des Misstrauens etablieren. Jahrzehntlang aufgebaute Werte wie Menschenrechte, Demokratie und Solidarität könnten unter dem Druck des Überlebensinstinkts in den Hintergrund treten. Militarisierung, Zensur und autoritäre Regime könnten weltweit zunehmen, da Regierungen versuchen würden, ihre Macht in einer chaotischen Welt zu sichern.

Die langfristigen Auswirkungen eines solchen Konflikts wären dramatisch. Gesellschaften könnten in einen Zustand permanenter Unsicherheit verfallen, und selbst nach einem Waffenstillstand wären die Folgen unübersehbar: traumatisierte Bevölkerungen, zerbrochene Gemeinschaften und eine Welt, die sich von den Idealen des Friedens und der Zusammenarbeit weit entfernt hätte.

Mein Fazit: Eine Warnung und ein Appell

Die Aussicht auf einen Krieg zwischen der NATO und Russland ist nicht nur eine geopolitische Herausforderung, sondern eine existenzielle Bedrohung für die Menschheit. Die humanitären, wirtschaftlichen und politischen Konsequenzen wären katastrophal und unumkehrbar. In einer Welt, die bereits mit Krisen wie Klimawandel, sozialer Ungleichheit und wirtschaftlicher Instabilität kämpft, wäre ein solcher Konflikt der Tropfen, der das Fass zum Überlaufen bringt.

Doch die Geschichte zeigt auch, dass Kriege nicht unvermeidlich sind. Sie entstehen aus Entscheidungen – aus dem Versagen, Konflikte durch Diplomatie, Verhandlungen und Kompromisse zu lösen. Die Menschheit steht vor der Wahl, ob sie diesen Weg weitergeht oder ob sie aus den Fehlern der Vergangenheit lernt. Ein solcher Krieg wäre nicht nur ein militärisches, sondern ein moralisches Versagen. Es liegt in unserer Verantwortung, alles zu tun, um ihn zu verhindern. Denn die Alternative ist nicht nur der Verlust von Menschenleben, sondern der Verlust dessen, was uns als Menschheit ausmacht.

III. Zurückhaltung von Journalist:innen zum Thema Kriegsgefahr

In einer Zeit globaler Krisen und geopolitischer Spannungen kommt dem Journalismus eine essenzielle Rolle zu. Journalist:innen sollen nicht nur berichten, sondern auch hinterfragen, einordnen und aufklären. Doch gerade in sensiblen Bereichen wie Krieg und Frieden zeigt sich oft eine auffällige Zurückhaltung, die mehr Fragen aufwirft, als sie beantwortet. Diese Zurückhaltung wird vielfach mit Verantwortung, Neutralität und der Sorge um politische Konsequenzen begründet. Doch wie viel von dieser Zurückhaltung ist tatsächlich notwendig, und wie viel ist Ausdruck eines strukturellen Problems, das den Journalismus daran hindert, seiner Rolle als vierte Gewalt gerecht zu werden?

Die Verantwortung des Journalismus – eine Gratwanderung

Die Verantwortung, die Journalist:innen tragen, ist zweifellos enorm. Die Berichterstattung über mögliche Kriegsgefahren oder geopolitische Spannungen birgt das Risiko, Ängste zu schüren oder gar Panik auszulösen. Dies ist eine legitime Sorge, denn Worte haben Gewicht, besonders in Zeiten, in denen politische Rhetorik und öffentliche Meinung oft eng miteinander verflochten sind. Doch diese Verantwortung darf nicht zur Ausrede werden, um brisante Themen zu umschiffen oder politisch unangenehme Fragen zu vermeiden. Der Anspruch, „neutral“ zu berichten, darf nicht dazu führen, dass wesentliche Aspekte eines Themas verschwiegen oder nur oberflächlich behandelt werden.

Neutralität – ein zweischneidiges Schwert

Die Neutralität ist ein Kernprinzip des Journalismus, doch sie wird oft missverstanden. Neutral zu sein bedeutet nicht, sich auf eine vermeintlich objektive Haltung zu beschränken, die keine Partei ergreift oder keine Risiken benennt. Es bedeutet vielmehr, alle relevanten Fakten offenzulegen, auch wenn diese unbequem sind. In der Praxis führt der Wunsch nach Neutralität jedoch häufig dazu, dass Journalist:innen keine klaren Fragen stellen oder politische Aussagen nicht kritisch genug hinterfragen. Wenn etwa politische Akteur:innen bewusst vage bleiben, um sich Handlungsspielraum zu bewahren, müssen Journalist:innen genau hier ansetzen. Stattdessen wird die Interpretation oft dem Publikum überlassen – eine Strategie, die die eigentliche Aufgabe des Journalismus verfehlt.

Angst vor Konsequenzen – die selbst auferlegte Zensur

Ein weiterer Faktor, der die journalistische Arbeit beeinflusst, ist die Angst vor den politischen und diplomatischen Konsequenzen, die direkte Fragen auslösen könnten. Journalist:innen könnten befürchten, durch die Thematisierung potenzieller Kriegsgefahren unbeabsichtigt eine Eskalation in den Diskurs einzubringen. Doch gerade hier liegt eine Kernaufgabe des Journalismus: nicht zu verschweigen, sondern offenzulegen. Es ist nicht die Aufgabe der Medien, politischen Akteur:innen die Verantwortung für ihre Aussagen abzunehmen oder diese zu entschärfen, um mögliche

Reaktionen zu vermeiden. Vielmehr sollten sie die Konsequenzen politischer Handlungen und Rhetorik transparent machen und offenlegen, welche Risiken damit verbunden sind.

Ein Fokus auf Interpretationsspielräume – die Vermeidung klarer Positionen

Eine auffällige Tendenz in der Berichterstattung ist die Betonung von Interpretationsspielräumen. Politische Entscheidungsträger:innen formulieren ihre Aussagen bewusst so, dass sie mehrere Lesarten zulassen. Journalist:innen greifen dies auf, ohne oft die notwendige Klarheit einzufordern. Statt etwa zu fragen: „Bedeutet das, dass ein Krieg unausweichlich ist?“, werden diffuse Umschreibungen übernommen, die es dem Publikum erschweren, die tatsächliche Lage zu erfassen. Diese Strategie mag vorsichtig wirken, sie ist jedoch gefährlich, da sie den Diskurs unnötig verschleiert und das Vertrauen in die Medien untergräbt.

Die Vermeidung von Eskalation – ein überstrapaziertes Argument

Ein häufig genanntes Argument für die Zurückhaltung in der Berichterstattung ist die Vermeidung von Eskalation. Insbesondere in der aktuellen Lage zwischen der NATO und Russland möchten Journalist:innen vermeiden, dass ihre Beiträge die Spannungen verschärfen. Doch dieser Ansatz hat Grenzen. Wenn etwa politische Akteur:innen offen von „Kriegstüchtigkeit“ sprechen oder Verteidigungsmaßnahmen an den Grenzen zu Russland intensivieren, muss der Journalismus diese Aussagen kritisch einordnen. Die direkte Ansprache von Konsequenzen wie der potenziellen Eskalation zu einem Krieg gehört zu den zentralen Aufgaben der Medien. Andernfalls verkommen sie zu einer Plattform für politische Kommunikation, die nicht hinterfragt wird.

Die Rolle der Gesprächsführung – zwischen Offenheit und Konfrontation

Ein weiteres Argument für die zurückhaltende Berichterstattung ist die Sorge, dass eine konfrontative Gesprächsführung zu ausweichenden Antworten führen könnte. Doch diese Vorsicht steht in direktem Widerspruch zur Aufgabe des Journalismus, der Öffentlichkeit ein möglichst klares Bild der Realität zu vermitteln. Stattdessen bleiben viele Interviews und Berichte auf der Ebene allgemeiner Phrasen, die wenig zur Klärung der Lage beitragen. Wenn politische Entscheidungsträger:innen bewusst unklare Aussagen treffen, ist es die Aufgabe des Journalismus, diesen Nebel zu lichten – auch wenn dies durch gezielte Konfrontation geschieht.

Die fehlende Thematisierung klarer Kriegsgefahr – ein strukturelles Problem

Die Tatsache, dass viele politische Akteur:innen es vermeiden, eine klare Kriegsgefahr auszusprechen, darf nicht dazu führen, dass der Journalismus diesem Beispiel folgt. Es ist nicht die Aufgabe der Medien, sich der politischen Rhetorik anzupassen, sondern diese zu hinterfragen. Die Zurückhaltung, über potenzielle Kriegsgefahren zu berichten, ist weniger eine Frage der Verantwortung als eine Konsequenz struktureller Probleme im Journalismus. Dazu gehören Zeit- und Kostendruck, aber auch die zunehmende Kommerzialisierung, die dazu führt, dass kontroverse Themen oft vermieden werden, um das Publikum nicht zu verlieren.

Mein Fazit: Eine Aufgabe mit Potenzial

Die Zurückhaltung in der Berichterstattung über potenzielle Kriegsgefahren ist weder verständlich noch gerechtfertigt. Der Journalismus muss mehr sein als eine Plattform für politische Kommunikation – er muss kritisch, mutig und unabhängig sein. Gerade in einer Zeit, in der geopolitische Spannungen zunehmen und die Risiken eines Krieges realer sind denn je, ist eine klare, fundierte und ehrliche Berichterstattung unerlässlich. Es ist die Aufgabe der Medien, die Öffentlichkeit nicht nur zu informieren, sondern auch zu befähigen, komplexe Zusammenhänge zu verstehen und kritisch zu hinterfragen. Die Vermeidung unangenehmer Fragen mag kurzfristig einfacher sein, doch sie gefährdet langfristig die Glaubwürdigkeit des Journalismus und damit seine essenzielle Rolle in der Demokratie. Die Krise des Öffentlich Rechtlichen Rundfunks in der BRD rührt genau aus dem Verständnis der vermeintlichen „Neutralität und Objektivität“. Man wolle keiner Partei dienen. Das ist vollkommen richtig. Man dient aber den Rezipienten. Leser, Hörer, Zuschauer oder Websurfer haben ein Anrecht auf kritische Fragen und klare Positionen, die ihnen Handlungsoptionen offenbaren. Nur so können demokratische Veränderungen in Richtung Frieden durch Bevölkerung angeschoben und eingefordert oder besser selbst in die Hand genommen werden.

IV. Maßnahmen zur Verhinderung eines Konflikts

Die Geschichte der Friedensbewegungen zeigt eindrucksvoll, dass zivilgesellschaftlicher Widerstand und diplomatische Bemühungen tatsächlich in der Lage sein können, militärische Eskalationen zu verhindern oder zumindest einzudämmen. Doch die Erfolge dieser Bewegungen waren weder selbstverständlich noch von Dauer. Angesichts der aktuellen geopolitischen Spannungen und einer zunehmend militarisierten Welt stellt sich die Frage: Welche Lehren können wir aus den historischen Friedensbewegungen ziehen, und welche Strategien sind heute notwendig, um den Frieden zu bewahren?

Widerstand gegen Militarisierung – eine Frage der Verantwortung

Die Zivilgesellschaft trägt eine enorme Verantwortung, wenn es darum geht, Militarisierung und Kriegsvorbereitungen kritisch zu hinterfragen. In der Vergangenheit gab es immer wieder Momente, in denen der öffentliche Widerstand tatsächlich Einfluss nahm. Die Proteste gegen den Vietnamkrieg in den 1960er und 1970er Jahren sind ein eindrucksvolles Beispiel dafür, wie eine breite Bewegung den politischen Diskurs verändern kann. Millionen von Menschen gingen weltweit auf die Straßen, um gegen eine sinnlose und brutale Kriegsführung zu demonstrieren. Diese Proteste zwangen die US-Regierung, ihre Strategie zu überdenken, und trugen letztlich zur Beendigung des Krieges bei.

Ähnlich verhielt es sich mit den Protesten gegen die Stationierung von Pershing-II-Raketen und Cruise Missiles in den 1980er Jahren. Die Friedensbewegung in Europa, die in Deutschland durch die Ostermärsche sichtbar wurde, prägte eine ganze Generation.

Auch wenn die Raketen letztlich stationiert wurden, zwangen die massiven Proteste die politischen Entscheidungsträger, sich stärker mit den Ängsten und Forderungen der Bevölkerung auseinanderzusetzen. Diese Bewegungen zeigen, dass öffentlicher Druck die Militarisierung zumindest bremsen kann.

Doch trotz dieser Erfolge steht die heutige Zivilgesellschaft vor gewaltigen Herausforderungen. Die Militarisierung findet oft subtil und schleichend statt, etwa durch den Ausbau militärischer Infrastruktur oder die Entwicklung neuer Technologien wie autonome Waffensysteme. Es bedarf erneuten Engagements – Proteste, Petitionen und öffentlicher Diskussionen –, um diese Entwicklungen sichtbar zu machen und die Verantwortlichen zur Rechenschaft zu ziehen.

Förderung diplomatischer Lösungen – Lektionen der Geschichte

Die Diplomatie ist ein oft unterschätztes Werkzeug zur Deeskalation von Konflikten. Historische Beispiele wie die Wiederbelebung des NATO-Russland-Rats oder die Abrüstungsverhandlungen während des Kalten Krieges zeigen, dass Gesprächsformate selbst in Zeiten größter Spannungen möglich sind und erfolgreich sein können. Während der beiden Kriege des Irak gegen Kuwait versagte die Diplomatie jedoch weitgehend – sowohl vor der Invasion Kuwaits durch den Irak 1990 als auch im Vorfeld des zweiten Golfkriegs 2003. Diese Misserfolge verdeutlichen, dass diplomatische Bemühungen nicht nur initiiert, sondern auch konsequent und ehrlich verfolgt werden müssen.

Heute ist die Wiederbelebung multilateraler Gesprächsformate dringender denn je. Organisationen wie die Vereinten Nationen und die OSZE können als neutrale Plattformen dienen, um gegenseitiges Vertrauen zwischen Konfliktparteien wiederherzustellen. Doch Diplomatie allein reicht nicht aus: Sie muss durch politischen Willen und öffentliche Unterstützung flankiert werden, damit sie ihre volle Wirkung entfalten kann. Dies erfordert Mut, Geduld und die Bereitschaft, auch unbequeme Kompromisse einzugehen.

Aufklärung und Bildung – der Kampf gegen Kriegspropaganda

Eine informierte Öffentlichkeit ist eine wichtige Voraussetzung für Frieden. Die Mechanismen der Kriegspropaganda waren schon während des Vietnamkriegs offensichtlich: Regierungen nutzten die Medien, um ihre militärischen Handlungen zu rechtfertigen, und verschwiegen oft die wahren Kosten und Konsequenzen. Diese Propaganda wurde jedoch zunehmend von wenigen kritischen Journalist:innen und Bildungsinitiativen entlarvt, was dazu beitrug, den Widerstand gegen den Krieg zu stärken.

Auch heute ist die Manipulation der öffentlichen Meinung durch Medien ein großes Problem. Umso wichtiger ist es, Aufklärungsarbeit zu leisten und die Bevölkerung für die Gefahren militärischer Eskalationen zu sensibilisieren. Bildungsprogramme und Informationskampagnen sollten darauf abzielen, geopolitische Konflikte verständlich zu erklären und die Mechanismen hinter militärischen Entscheidungen offen zu legen. Nur

so können Menschen fundierte Entscheidungen treffen und sich aktiv für den Frieden einsetzen.

Förderung internationaler Zusammenarbeit – ein globaler Ansatz

Frieden ist keine nationale Angelegenheit. Historische Bewegungen wie die Ostermärsche zeigen, dass internationale Solidarität ein Schlüssel zum Erfolg sein kann. Die Friedensbewegungen der 1980er Jahre waren nicht auf ein Land beschränkt, sondern vereinten Menschen in ganz Europa und darüber hinaus. Diese globale Dimension fehlt vielen heutigen Initiativen, was ihre Wirksamkeit einschränkt.

Internationale Organisationen der Zivilgesellschaft, akademische Netzwerke und Friedensinitiativen müssen enger zusammenarbeiten, um alternative Lösungsansätze zu entwickeln. Der Dialog zwischen Konfliktparteien darf nicht allein den Regierungen überlassen werden, sondern sollte durch die Zivilgesellschaft ergänzt werden. Nur so kann eine breite Basis für den Frieden geschaffen werden, die über nationale Interessen hinausgeht.

Mein Fazit – eine schwierige, aber notwendige Aufgabe

Die Geschichte der Friedensbewegungen zeigt, dass ziviler Widerstand, Diplomatie und Aufklärung durchaus in der Lage sind, Militarisierung und Kriegsvorbereitungen zu bremsen. Doch sie zeigt auch, dass diese Erfolge stets fragil und oft nur von begrenzter Dauer sind. Die heutigen Herausforderungen – von subtiler Militarisierung über geopolitische Spannungen bis hin zur Verbreitung von Desinformation – erfordern ein erneutes Engagement der Zivilgesellschaft.

Die Lehren aus der Vergangenheit sind klar: **Frieden entsteht nicht von selbst, sondern muss aktiv erkämpft werden.** Dies erfordert Mut, Ausdauer und die Bereitschaft, auch unbequeme Wahrheiten anzusprechen. Die Zivilgesellschaft hat die Macht, den Kurs der Geschichte zu beeinflussen – wenn sie sich dieser Verantwortung bewusst ist und entschlossen handelt. Die Alternativen sind zu schrecklich, um sie zu akzeptieren.

V. Was folgt: Der schmale Grat zwischen Frieden und Krieg

Die aktuellen Entwicklungen zeigen, dass Europa sich an einem Scheideweg befindet. Die schrittweise Eskalation zwischen der NATO und Russland, die zunehmende Militarisierung und die Verhärtung der politischen Rhetorik sind alarmierende Zeichen. Doch Krieg ist kein unausweichliches Schicksal. Es liegt in der Verantwortung der politischen Entscheidungsträger, aber vor allem der Zivilgesellschaft, die Eskalation zu stoppen und den Frieden aktiv zu fördern.

Die geplante Stationierung weitreichender US-Waffensysteme in Deutschland ab 2026 markiert einen besorgniserregenden Schritt in Richtung einer erneuten Militarisierung Europas. Diese Entscheidung, die ohne umfassende parlamentarische Debatte getroffen

wurde, birgt das Risiko einer Eskalation der geopolitischen Spannungen und könnte Deutschland in den Fokus militärischer Auseinandersetzungen rücken.

Historische Erfahrungen lehren uns, dass die Stationierung von Waffen auf deutschem Boden stets zu intensiven Debatten und gesellschaftlichem Widerstand geführt hat. Die Friedensbewegungen der 1980er Jahre, insbesondere die Ostermärsche, zeugen von einem tief verwurzelten Wunsch der Bevölkerung nach Frieden und Abrüstung. Dennoch wurden Entscheidungen oft über die Köpfe der Bürger hinweg getroffen, was das Vertrauen in politische Institutionen nachhaltig erschütterte.

Die aktuellen Pläne zur Stationierung von US-Raketen in Deutschland erinnern fatal an diese Zeiten. Sie könnten ein neues Wettrüsten initiieren und die Sicherheit Europas weiter destabilisieren. Bereits jetzt hat Russland angekündigt, auf diese Maßnahmen militärisch zu reagieren, was die Gefahr eines neuen Krieges in Europa erhöht.

Es ist daher von entscheidender Bedeutung, dass die Zivilgesellschaft aktiv wird und ihre Stimme gegen diese Entwicklungen erhebt. Proteste, Petitionen und öffentlicher Druck auf die politischen Entscheidungsträger sind notwendig, um die Militarisierung zu stoppen und diplomatische Lösungen zu fördern. Die Wiederbelebung von Gesprächsformaten wie dem NATO-Russland-Rat und die Stärkung multilateraler Verhandlungen sind unerlässlich, um Missverständnisse zu vermeiden und gegenseitiges Vertrauen aufzubauen.

Eine informierte Öffentlichkeit ist weniger anfällig für Kriegspropaganda. Bildungsprogramme und Informationskampagnen sollten darauf abzielen, die Mechanismen geopolitischer Konflikte zu erklären und die Bevölkerung für die Gefahren militärischer Eskalationen zu sensibilisieren. Frieden erfordert Zusammenarbeit über nationale Grenzen hinweg. Organisationen der Zivilgesellschaft, internationale Friedensbewegungen und akademische Netzwerke können dazu beitragen, alternative Lösungsansätze zu entwickeln und den Dialog zwischen den Konfliktparteien zu fördern.

Angesichts der drohenden Gefahr eines neuen Krieges ist es unerlässlich, dass alle Anstrengungen unternommen werden, um diesen zu verhindern. Die politisch Verantwortlichen müssen für ihre Entscheidungen zur Eskalation der gegenwärtigen geopolitischen Lage zur Rechenschaft gezogen werden. Es ist an der Zeit, dass die Gesellschaft geschlossen für den Frieden eintritt und den politischen Akteuren klar signalisiert, dass Krieg keine Option ist. Frieden ist keine passive Abwesenheit von Krieg, sondern das Ergebnis bewusster Entscheidungen und gemeinsamer Anstrengungen. Europa hat in der Vergangenheit bewiesen, dass Dialog und Zusammenarbeit mächtiger sein können als Waffen. Es bleibt zu hoffen, dass diese Lehren nicht vergessen werden – bevor es zu spät ist.²²

²² Albert Einstein und Sigmund Freud. Warum Krieg? Ein Briefwechsel. Diogenes Taschenbuch 20028. Diogenes Verlag AG Zürich. 1972

Die Frage darf also nicht lauten, ob oder wann der Krieg beginnt, sondern wie wir ihn dauerhaft verhindern!

Credits

Titelfoto: Mika Baumeister auf Unsplash²³

Bildbeschreibung: Das Titelbild zeigt ein großes weißes Gebäude am Alexanderplatz in Berlin, das gerade saniert wird, mit einem großen roten Graffiti-Text, worauf steht: „Stop Wars“. Übersetzt heißt das: „Stoppt Kriege“. Am rechten Rand des Bildes ist das Haus des Lehrers zu sehen. Davor fahren viele Fahrzeuge im normalen Berufsverkehr in der Hauptstadt der Bundesrepublik Deutschland.

Hinweis auf die Nutzung von KI

Für die Analyse von Dokumenten und für die Recherche der entsprechenden Literatur wurde künstliche Intelligenz genutzt (ChatGPT).

Literaturhinweise, die in die Recherche zum Beitrag einfließen:



Bundesamt für Bevölkerungsschutz erarbeitet Bunkerplan für Deutschland

25. November 2024 — Das Bundesamt für Bevölkerungsschutz (BKK) entwickelt angesichts einer wachsenden internationalen Bedrohung einen Bunkerschutzplan für Deutschland. Laut einem Bericht der „Bild“ prüft das BKK derzeit, welche öffentlichen Gebäude, wie Behördengebäude und U-Bahnhöfe, zu Schutzräumen umfunktioniert werden könnten. Außerdem soll eine Handy-App entstehen, die es Bürgern ermöglicht, die Entfernung zum nächsten Bunker zu ermitteln. Ferner plant das BKK, die Bevölkerung zu ermutigen, in Eigenheimen Schutzräume einzurichten, wobei Keller und Garagen als besonders geeignet angesehen werden. Ein Zeitrahmen für die Fertigstellung des Plans ist derzeit noch unklar.



Schutzbauwerke - BBK

²³ Mika Baumeister auf Unsplash: <https://unsplash.com/de/fotos/ein-grosses-weisses-gebäude-mit-rotem-text-l7RHxs-yvOU> (letzter Aufruf: 08.12.2024)

Schutzbauwerke wurden als Luftschutzanlagen in Form von Hoch- und Tiefbunkern während des Zweiten Weltkriegs und bis in die 1980er Jahre errichtet, um die Bevölkerung vor möglichen Kriegseinwirkungen zu schützen. Insgesamt gab es in den alten Bundesländern rund 2000 öffentliche Schutzraumanlagen.



Deutsche Welle

Zivilschutz: Braucht Deutschland neue Schutzbunker? - DW

7. Juli 2024 — Das Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK) teilte der DW mit, dass nur noch 579 dieser Bunker als öffentliche Schutzräume ausgewiesen sind.



[Zivilschutz: Keine öffentliche Schutzbunker im Osten - mdr.de](#)

[23. Juli 2023 — In Deutschland gibt es noch rund 600 offizielle Schutzbunker für den Katastrophenfall. Im Gebiet der neuen Bundesländer stehen jedoch keine öffentlichen Schutzräume zur Verfügung. Das ist...](#)



[In NRW gibt es noch 48 Luftschutz-Bunker - 24RHEIN.de](#)

[17. Juli 2023 — Das Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe \(BKK\) geht davon aus, dass Bombenangriffe in Deutschland extrem unwahrscheinlich sind. Falls jedoch Schutzräume nötig werden, empfiehlt es, d...](#)



[So steht es um die Bunker in Deutschland - SWR Wissen](#)

[28. April 2022 — Von einst 2.000 Schutzräumen gibt es heute noch 599 öffentliche Bunker in Deutschland . Das gab das Innenministerium kürzlich bekannt. Ein wenig mehr als eine halbe Millionen Menschen...](#)

BMI

[BMI - Zivil- und Katastrophenschutz](#)

[Bei allen denkbaren Gefahren können sich die Bürgerinnen und Bürger in Deutschland auf den Zivil- und Katastrophenschutz und die Gefahrenabwehr verlassen. Aber wer kommt, wann ...](#)

[Deutscher Bundestag](#)

[Zivile Schutzbauwerke in Deutschland und in ausgewählten Staaten](#)

[Der Sachstand gibt einen vergleichenden Überblick zu zivilen Schutzbauwerken \(z.B. öffentliche und private Schutzräume bzw. Bunker\) in Deutschland, Finnland, Österreich, Schweden, der Schweiz und Tsch...](#)

Deutscher Bundestag

Katastrophenschutz in den Bundesländern - Struktur und Organisation

Der Katastrophenschutz gehört gemäß Art. 70 Abs. 1 Grundgesetz (GG)¹ zur Gesetzgebungskompetenz der Länder,² weshalb jedes Bundesland ein eigenes Katastrophenschutzrecht hat.

 Wikipedia – Die freie Enzyklopädie

Liste von Bunkeranlagen in Deutschland – Wikipedia

Die Liste von Bunkeranlagen in Deutschland umfasst in erster Linie militärische Bunker auf dem Gebiet der Bundesrepublik Deutschland. Einen historischen Einblick gibt das Deutsche Bunkermuseum in Schw...

 ZDFmediathek

Warum die USA Raketen in Deutschland stationieren - ZDFheute - ZDFmediathek

Erstmals seit Ende des Kalten Krieges werden die USA wieder Langstreckenraketen in Deutschland stationieren. Das haben Berlin und Washington am Mittwoch am Rande des Nato-Gipfels bekannt...

 Welt

Biden erlaubt der Ukraine Angriffe mit US-Langstreckenwaffen

17. November 2024 — US-Präsident Joe Biden hat die Beschränkungen für den Einsatz von US-Langstreckenwaffen aufgehoben. Die Ukraine kann sie nun gegen Ziele tief im russischen Staatsgebiet verwenden. Der...

 Welt

Mit den Tomahawks kehrt der Kalte Krieg nach Europa zurück

11. Juli 2024 — Russlands Überfall auf die Ukraine hat den Kalten Krieg nach Europa zurückgebracht; ein jüngstes Beispiel ist die geplante Stationierung von US-Mittelstreckenwaffen in Deutschland ab 2026, inklusive Tomahawk-Raketen mit Reichweiten über 2000 Kilometern, was potentielle Bedrohungen für viele russische Regionen darstellt. Diese Entscheidung ist eine Reaktion auf die veränderte

Sicherheitslage Europas durch die russische Aggression und den Bruch des INF-Vertrags von 1987. Zudem ergab der Ukraine-Krieg die Notwendigkeit, über konventionelle Raketen größerer Reichweite zur Verteidigung zu verfügen. Die von der Biden-Regierung angekündigten Raketen wie SM-6 und Hyperschallwaffen sollen diese Lücke schließen und die europäische Nato verteidigen. Während dies als Unterstützung verstanden werden könnte, bleibt die Unsicherheit bezüglich zukünftiger US-Politiken, besonders wenn Donald Trump im November gewinnt. Experten plädieren für eine gemeinsame europäische Anstrengung in der Raketenabwehr und -abwehrfähigkeit, unabhängig von den USA, um die Abhängigkeit von Washington zu verringern.



tagesschau.de

Einsatz gegen die Ukraine NATO befasst sich mit russischer Rakete

22. November 2024 — Der Einsatz einer neuen russischen Rakete im Krieg gegen die Ukraine beschäftigt auch die NATO. Kanzler Scholz warnte von einer "gefährlichen Eskalation". Der Kreml sprach von einer "Botschaft an den



Deutsche Welle

ATACMS-Raketen auf Russland: Was die Ukraine erreichen will

19. November 2024 — Die ukrainische Armee soll erstmals US-Raketen gegen Ziele in Russland eingesetzt haben. Für einen solchen Einsatz hatte US-Präsident Joe Biden erst vor wenigen Tagen die Freigabe erteilt....



Euronews

Welche Ziele kann die Ukraine mit Langstreckenwaffen in Russland ...

18. November 2024 — Fast 1000 Tage nach Beginn der russischen Völlinvasion in der Ukraine soll Washington den Einsatz der von den USA bereitgestellten ATACMS-Raketen für die Angriffe tief in Russland genehmigt...



Euronews

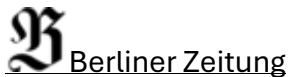
Video. Welche Ziele kann die Ukraine mit Langstreckenwaffen ... - Euronews

18. November 2024 — Fast 1000 Tage nach Beginn der russischen Invasion in der Ukraine soll Washington den Einsatz der von den USA bereitgestellten ATACMS-Raketen für Angriffe tief in Russland genehmigt haben. Wie...



Krieg in der Ukraine: Biden erlaubt Raketenangriffe mit größerer Reichweite

18. November 2024 — Washington/Moskau/Berlin/Seoul taz | Die Ukraine darf künftig US-Raketen mit großer Reichweite auch für Angriffe auf ...



Langstreckenwaffen bedeuten Paradigmenwechsel in der Ukraine – doch es ...

18. November 2024 — Die Ukraine reagiert euphorisch auf die amerikanische Waffen-Erlaubnis. Welche Auswirkungen wird die Aufhebung der Beschränkungen haben? Militärexperte Markus Reisner ordnet die Lage ein. Auf...



USA erlaubt Ukraine Einsatz von US-Langstreckenwaffen gegen Russland

17. November 2024 — Die USA erlauben der Ukraine, mit ATACMS auf Ziele in Russland zu schießen. Der Schritt könnte massive Auswirkungen auf den Krieg haben.



Ukraine: US-Erlaubnis für Waffeneinsatz – diese Ziele sind nun in ...

17. November 2024 — Der Ukraine ist es ab sofort erlaubt, mit US-Raketen Ziele in Russland anzugreifen. Damit liegen nun strategisch wichtige Objekte in der Reichweite von Kiew.



Biden erlaubt der Ukraine Angriffe mit US-Langstreckenwaffen

17. November 2024 — US-Präsident Joe Biden hat die Beschränkungen für den Einsatz von US-Langstreckenwaffen aufgehoben. Die Ukraine kann sie nun gegen Ziele tief im russischen Staatsgebiet verwenden. Der...



Bundeswehr

US-Raketensysteme in Deutschland ab 2026 - Bundeswehr

30. Oktober 2024 — Die Entscheidung zur Stationierung weitreichender US-Waffensysteme in Deutschland hat politische Kontroversen verursacht. Raketen, Marschflugkörper und Hyperschallwaffen sollen ab 2026 – zunächst zeit...



BR.de

US-Raketen in Deutschland: Im Osten klare Mehrheit dagegen

10. Oktober 2024 — Ab 2026 sollen in Deutschland US-Mittelstreckenraketen stationiert sein – als Teil der Nato-Abschreckung gegen Russland. Im ARD-DeutschlandTrend sind 40 Prozent für die Stationierung, 45 ...



ZDFmediathek

Waffen für die Ukraine: USA und Großbritannien in Kiew

12. September 2024 — Die Ukraine hofft, dass die USA den Einsatz von Langstreckenwaffen auf russische Ziele erlauben. Was vom Treffen der Außenminister erwartet wird.



ZDFmediathek

Nach dem INF-Vertrag: US-Waffen in Deutschland stationieren?

30. Juli 2024 — In Deutschland ist eine Debatte über die geplante Stationierung von US-Waffen entbrannt. Verteidigungsminister Pistorius erntet für den Plan Kritik – auch aus seiner Partei.



BR.de

US-Raketen in Deutschland: Was steckt hinter den Plänen?

22. Juli 2024 — Die US-Regierung hat angekündigt, Tomahawk-Marschflugkörper, Flugabwehrsysteme vom Typ SM-6 und Überschallwaffen in Deutschland zu stationieren. Dies soll ab dem Jahr 2026 passieren. Die angekündigten...



ZDFmediathek

US-Waffen gegen Ziele in Russland? Was Kiew davon hätte

17. Mai 2024 — Es ist ein Tabu im Ukraine-Krieg: westliche Waffen gegen Ziele in Russland. Kiew hofft, dass diese Einschränkung bald wegfällt. Aber was würde man dadurch gewinnen? Das mobile Raketensystem...



Deutsche Welle

Atomwaffen: Deutschlands Gratwanderung – DW – 31.03.2023 - dw.com

31. März 2023 — Die nukleare Teilhabe der NATO - die langjährige Politik des von den USA geführten Militärbündnisses, die die Stationierung von US-Atomwaffen auf nicht-amerikanischem Territorium erlaubt -...

Deutscher Bundestag

Die Stationierung von US-amerikanischen weitreichenden Waffensystemen ...

Vereinigten Staaten und die Bundesrepublik Deutschland berufen können, um US-amerikanische Raketen in der Bundesrepublik zu stationieren und ob der Bundestag in diese Entscheidung hätte eingebunden we...

Deutscher Bundestag

Kurzinformation Zu den in Deutschland stationierten amerikanischen ...

ICAN Deutschland zufolge arbeiten die USA derzeit an einer Modernisierung der B61, um deren Effektivität und Zielgenauigkeit zu steigern. Geplant sei, diese bis 2024 mit den in Europa bereits stationi...

Deutscher Bundestag

Dokumentation Zu Fragen der Stationierung von taktischen Atomwaffen in ...

Deutschland die Stationierung zukünftig ausschließt“ fordert der Chef der SPD-Bundestags- fraktion Rolf Mützenich am 3. Mai 2020 den Abzug aller US-Atomwaffen aus Deutschland.12 Tagesspiegel: „Was hat...



Wikipedia – Die freie Enzyklopädie

Kernwaffen in Deutschland – Wikipedia

Im Mai 2014, nach der völkerrechtswidrigen Annexion der Krim durch Russland, bestätigte die Bundesregierung auf Anfrage der Grünen, dass die USA ihre Atombomben in Deutschland einem sogenannten „Leben...



Langstreckenwaffen: Was eine Freigabe bedeuten könnte

Politisch wird intensiv diskutiert, ob die Ukraine mit Langstreckenwaffen militärische Ziele in Russland angreifen darf. Was aber könnten solche Schläge theoretisch bewirken?



Warum die USA Raketen in Deutschland stationieren - ZDFheute - ZDFmediathek

Erstmals seit Ende des Kalten Krieges werden die USA wieder Langstreckenraketen in Deutschland stationieren. Das haben Berlin und Washington am Mittwoch am Rande des Nato-Gipfels bekannt...



Region Charkiw: Ukraine darf US-Waffen in Russland nutzen

Innerhalb der Nato werden die Stimmen lauter, der Ukraine den Einsatz westlicher Waffen gegen Ziele in Russland zu erlauben. Militärexperte Gressel erklärt, was das bringt. 30.05.2024 |...

Bundesamt für Kraftfahrzeuge

Deutschland und die Nukleare Teilhabe der NATO

Die Stationierung von US-Atomwaffen auf ihrem Hoheitsgebiet würde voraussetzen, dass die NATO



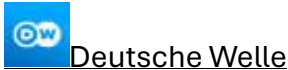
Nato-Übung nahe Grenze: Moskau warnt vor „tragischen Folgen“

29. Januar 2024 — Die Nato hält ihre größte Militärübung seit Jahrzehnten ab. Teilweise nahe der russischen Grenze. Das Außenministerium in Moskau spricht von einer „bewussten Eskalation“.



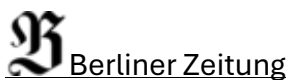
Nato: Deutschland wird Hauptquartier für Ukraine-Hilfe

14. Juni 2024 — Die Nato übernimmt künftig eine stärkere Koordination der Waffenlieferungen an die Ukraine. Das Hauptquartier für den geplanten Nato-Einsatz zur Koordinierung von Waffenlieferungen und...



NATO berät Waffeneinsatz der Ukraine auf russischem Gebiet

30. Mai 2024 — Die 32 Außenministerinnen und -minister der NATO-Staaten beraten in Prag, ob Beschränkungen für den Einsatz westlicher Waffen, die der Ukraine auferlegt wurden, aufgehoben werden können. Grund...



Neuer Bericht: Nato bereitet sich auf „größte Militärübung seit dem ...

Die Nato wird im kommenden Frühjahr ihre größte Militärübung seit dem Kalten Krieg abhalten, wie die Financial Times am Montag berichtete. Ziel wäre es, die Bereitschaft des Bündnisses zu...



Ukraine News: BND-Chef warnt: Russland könnte Nato-Bündnisfall austesten

Vorgestern — Der Bundesnachrichtendienst nimmt die zunehmenden hybriden Angriffe aus Russland ernst. Die Ukraine meldet landesweite russische Luftangriffe.



Russland: Nato zeigt Zähne – B-52-Bomber stößt über der Ostsee auf russische Jets

Vor 3 Tagen — Das achtstrahlige US-Flugzeug flog mit schwedischen und finnischen Jets eine Übung über der Ostsee. Die Reaktion Russlands erfolgte prompt.

Nato-General Badia: „Russland führt einen hybriden Krieg gegen den Westen“

26. November 2024 — Nato-General Christian Badia warnt, nie sei die Gefahr eines bewaffneten Konfliktes größer gewesen als jetzt. Was er Deutschland empfiehlt.



Nato übernimmt wohl Koordination der Ukraine-Waffenlieferungen

13. Juni 2024 — Die Nato-Staaten haben einen sogenannten Operationsplan für den Ausbau der Unterstützung der Ukraine beschlossen. Damit will die Nato künftig die internationale Koordinierung von Waffenlieferungen und...



Operationsplan: Was die Nato jetzt mit der Ukraine plant

13. Juni 2024 — Ursprünglich hatte es eine klare Trennung zwischen zwei Formaten gegeben: Zu Beginn des russischen Kriegs wollte sich die Nato aus den Waffenlieferungen ihrer Mitgliedstaaten an die Ukraine...



Westliche Waffen gegen Russland: Das sind die Auswirkungen auf den ...

31. Mai 2024 — Ob die Ukraine sämtliche vom Westen gelieferten Waffen auch für Angriffe auf militärische Ziele in Russland nutzen sollte, wird unter Nato-Staaten kontrovers diskutiert. Und dennoch ist nun der Damm o...



NATO berät Waffeneinsatz der Ukraine auf russischem Gebiet

30. Mai 2024 — Die 32 Außenministerinnen und -minister der NATO-Staaten beraten in Prag, ob Beschränkungen für den Einsatz westlicher Waffen, die der Ukraine auferlegt wurden, aufgehoben werden können. Grund...



Waffenhilfe für Ukraine: Nato kratzt an roter Linie

3. April 2024 — Nach zwei Jahren Krieg: Nato-Generalsekretär Stoltenberg fordert eine stärkere Rolle der Allianz bei der Unterstützung der Ukraine. Heute beraten die Nato-Außenminister darüber.



Russland reagiert auf Nato-Großmanöver – droht mit „Konsequenzen“

9. Februar 2024 — Brüssel/Moskau – Die Nato will seine größte Militärübung seit vielen Jahrzehnten durchführen: Etwa 90.000 Soldaten sollen dabei einen hypothetischen Angriff auf das Bündnisterritorium simulieren.



Nato-Chef Stoltenberg: Ukraine hat viele Gebiete befreit

9. November 2023 — Nato-Generalsekretär Jens Stoltenberg sichert der Ukraine weiter Unterstützung für die Verteidigung des russischen Angriffs zu. Zudem hebt er Kiews militärische Erfolge hervor.



Militärübung: Russische Soldaten in Belarus eingetroffen

29. August 2023 — Die gemeinsame Übung des von Russland dominierten Militärbündnisses startet am 1. September. Daran sollen den belarussischen Staatsmedien zufolge rund 2.500 Soldaten aus Russland, Belarus,...



NATO-Gipfel 2022: Neues strategisches Konzept beschlossen - BMVG

30. Juni 2022 — Russland ist die größte Bedrohung für die NATO North Atlantic Treaty Organization und China spielt nun eine größere Rolle in der sicherheitspolitischen Betrachtung. Das neue strategische Konzept ist e...



Deutsche Welle

Norwegen: NATO übt den Verteidigungsfall – DW – 19.03.2022 - dw.com

19. März 2022 — Während Russland bei seinem Angriff auf die Ukraine immer näher an NATO-Gebiete heranrückt, hält das Bündnis eine mehrwöchige große Militärübung in Norwegen ab. Etwa 30.000 Soldaten, 220...



Euronews

Russlands Problem mit der NATO: Wie soll der Westen reagieren?

12. Februar 2022 — Zu Beginn des Jahres 2022, als einige die russische Militäraktionen als wahrscheinlich bezeichneten, legte der ehemalige NATO-Generalsekretär Anders Fogh Rasmussen das Ausmaß der jüngsten...



Deutsche Welle

NATO will Ostflanke weiter verstärken – DW – 11.02.2022 - dw.com

11. Februar 2022 — Nach Angaben der USA hat Russland für die zehntägigen Militärübungen 30.000 Soldaten nach Belarus verlegt.



infospere

USA und NATO: Neue Kriegsübungen gegen Russland

27. Januar 2022 — Inmitten der eskalierenden Spannungen zwischen dem Westen und Russland kündigen die Vereinigten Staaten die nächste Übung ihrer Manöverserie Defender Europe an. Laut Angaben der NATO wird Defender Eur...



ZDFmediathek

Air-Defender: Wie die Nato die Verteidigung Europas übt

Seit Februar 2022 führt Russland einen Angriffskrieg gegen die Ukraine. Kiew hat eine Gegenoffensive gestartet, die Kämpfe dauern an. News und Hintergründe im Ticker.



ZDFmediathek

Kreml vs. Nato: Warum sich Europa Kriegsrisiken stellen muss

Seit Februar 2022 führt Russland einen Angriffskrieg gegen die Ukraine. Kiew hat eine Gegenoffensive gestartet, die Kämpfe dauern an. News und Hintergründe im Ticker.



Berliner Zeitung

Neuer Bericht: Nato bereitet sich auf „größte Militärübung seit dem ...

Die Nato wird im kommenden Frühjahr ihre größte Militärübung seit dem Kalten Krieg abhalten, wie die Financial Times am Montag berichtete. Ziel wäre es, die Bereitschaft des Bündnisses zu...



Bundesregierung

Waffen und militärische Ausrüstung für die Ukraine | Bundesregierung

Seit Beginn des russischen Angriffskriegs am 24. Februar 2022 hat Deutschland Material aus Beständen der Bundeswehr mit einem geschätzten Wiederbeschaffungswert von etwa 5,2 Milliarden Euro an die...

Die Linke

Stoppt die Eskalation! Stoppt den Krieg gegen die Ukraine ... - Die Linke

Der Krieg muss sofort beendet werden, Russland muss die Truppen aus der Ukraine zurückziehen. Die Ukraine hat das Recht auf Selbstverteidigung gegen den Angriff Russlands. Aber mehr Waffen-Lieferungen...



Bundeswehr

Quadriga 2024: NATO-Landstreitkräfte üben den Bündnisfall - Bundeswehr

Nur für sich genommen, ist Quadriga 2024 die größte Übung deutscher Landstreitkräfte seit Beginn des russischen Angriffskriegs in der Ukraine. Zusammen



ZDFmediathek

Selenskyj will Nato-Schutz für Teil der Ukraine

Heute — Selenskyj erwägt diplomatische Lösungen für russisch besetzte Gebiete, fordert aber Nato-Sicherheitsgarantien für ein Ende der Kämpfe.



Focus

Ukraine-Ticker: Luftalarm im ganzen Land - FOCUS Online

Vorgestern — Russland greift Ukraine mit neuen Raketen an. Deshalb bittet Präsident Selenskyj um neue Flugabwehrsysteme. Währenddessen wird im ganzen Land Luftalarm ausgelöst. Alle Informationen in unserem...



Focus

„Das ist nicht ehrlich“: Ukraine-Botschafter rügt deutsche ...

21. November 2024 — Die Hoffnung auf ein rasches Kriegsende sei trügerisch, sagt der ukrainische Botschafter Oleksii Makeiev. Hier spricht er über Wege zum Frieden – und seine Wünsche an Deutschland. Die mit einem...



MDR

Ukraine könnte Verluste an der Front bald nicht mehr ausgleichen

9. Oktober 2024 — Der Verteidigungspolitiker der liberalen Partei Holos sprach in einem Interview mit dem Radiosender NV von zurückgehenden Rekrutierungszahlen. In einem weiteren Interview empfahl Kostenko, das...



Focus

Oberst über eingestampfte Ukraine-Hilfe: „Deutschland verliert an ...

21. August 2024 — FOCUS online hat Militärexperten gefragt, wie sie die Ampel-Entscheidung bewerten und welche Folgen das nun für den Ukraine-Krieg hat. Die jüngsten Sparmaßnahmen von Kanzleramt und...

Deutscher Bundestag

Keine Einsatzkräfte der Bundeswehr in der Ukraine - Deutscher Bundestag

2. April 2024 — Berlin: (hib/AHE) Deutschland hat in der Ukraine keine Einsatzkräfte der Bundeswehr stationiert. Das geht aus der Antwort (20/10785) der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage (20/10556) der AfD-Frak...



MSC 24: Über eine Milliarde Euro Militärhilfe für Ukraine - BMVg

16. Februar 2024 — Das „Münchner Paket“ bekräftigt die kontinuierliche militärische Unterstützung der Ukraine und zeigt, „dass wir zu unserem Versprechen stehen, unseren ukrainischen Partnern dauerhaft in ihrem Kampf ge...



Deutscher General mit bitterem Russland-Fazit: „Das ... - FOCUS Online

29. Dezember 2023 — Nach Einschätzung des Bundeswehr-Generalmajors Christian Freuding sind beim Blick auf den Ukraine-Krieg manche russische Fähigkeiten anfangs nicht erkannt worden.

Deutscher Bundestag

„Ukraine kämpft unseren Kampf“ – Interview, 01.06.2022

1. Juni 2022 — Interview mit der Wehrbeauftragten im Reutlinger General-Anzeiger vom 1. Juni 2022 „Ukraine kämpft unseren Kampf“ GEA: Frau Högl, Regierung und Union haben sich beim Sonderfonds Bundeswehr geeinigt. S...

Deutscher Bundestag

Deutscher Bundestag - „Soldat zu sein, ist kein normaler Beruf, man ...

27. Februar 2021 — Die Bundeswehr wird immer älter, mehr als drei Jahre sind Mannschaften, Unteroffiziere und Offiziere älter als zu den Zeiten vor Aussetzung der Wehrpflicht. Das ist ein Ergebnis des Jahresberichts 202...



ZDFmediathek

Ukraine-Krieg im Liveticker - Aktuelle News - ZDFheute - ZDFmediathek

22,5 Milliarden Kronen sollen davon in die militärische Unterstützung fließen, 12,5 Milliarden sind für humanitäre und zivile Unterstützung vorgesehen. 28.11.2024, 17:42 Uhr ZDF ...



BMVG

Deutsche Hilfe für ukrainischen Verteidigungskampf - BMVG

Deutschland wird die Ukraine so lange wie möglich unterstützen. Neben finanzieller und humanitärer Hilfe liefert Deutschland Waffen sowie weiteres militärisches Material und engagiert sich maßgeblich...

Deutschlandfunk Bilder

Datum: 31. Oktober 2023 Boris Pistorius im Gespräch ... - Deutschlandfunk

31. Oktober 2023 — Wie erreichen Sie denn diese Kriegstüchtigkeit, wenn es der Bundeswehr, wie wir wissen und immer wieder lesen, an Geld, Gerät, Personal fehlt und auch ganze Strukturen verändert werden müssen?

Deutschlandfunk Bilder

Datum: 22. Dezember 2023 Roderich Kiesewetter, (CDU), Mitglied des ...

22. Dezember 2023 — Die deutsche Antwort darauf ist das, was der Verteidigungsminister mit Kriegstüchtigkeit beantwortet hat. Das ist Opposition gegen das Kanzleramt, weil die Bundeswehr nicht die aus-reichenden...



Deutschlandfunk

Russland "NATO-Russland-Rat in der Krise nutzen" - Deutschlandfunk

7. September 2014 — Ein Instrument, mit dem man Russland jederzeit wieder eine Brücke zur Verhaltensänderung bauen könne, sei der NATO-Russland-Rat, erklärt Riecke im DLF.



Deutschlandfunk

Nato zur Entwicklung im Russland-Ukraine-Konflikt - Deutschlandfunk

16. Februar 2022 — Russland hat mit einem breit angelegten Angriff auf die Ukraine begonnen. Die Staats- und Regierungschefs der 27 EU-Mitgliedsstaaten haben bei einem Krisengipfel in Brüssel umfangreichen ...

Deutschlandfunk

Die Wurzeln des Misstrauens Russland und die Verhandlungen zur ...

19. April 2022 — Der Westen hat nie versucht, mit Russland über Sicherheit zu sprechen, nur ohne oder gegen das Land. Die Erweiterung der NATO war eine zunehmende Bedrohung für die nationale Sicherheit...

Deutschlandfunk

Hörspiel Feature Radiokunst - assets.deutschlandfunk.de

22. April 2022 — Sprecher 1: Die NATO und Russland betrachten einander nicht als Gegner. Sie verfolgen gemeinsam das Ziel, die Spuren der früheren Konfrontation und Konkurrenz zu beseitigen und das gegenseitige...



Deutschlandfunk

Wirtschaftsfaktor und Wehrhaftigkeit: Die Bedeutung der US-Truppen in ...

28. Juli 2022 — Deutschland hat das Gaspipeline-Projekt Nord Stream 2 gestoppt, an einem vollständigen Energie-Embargo gegen Russland will es sich jedoch noch nicht beteiligen.



Deutschlandfunk

Nato zur Entwicklung im Russland-Ukraine-Konflikt - Deutschlandfunk

16. Februar 2022 — Russland hat mit einem breit angelegten Angriff auf die Ukraine begonnen. Die Staats- und Regierungschefs der 27 EU-Mitgliedsstaaten haben bei einem Krisengipfel in Brüssel umfangreichen ...

Deutschlandfunk Blogs

SIS, VIS, EURODAC? | Deutschlandfunk Blog – Berlin:Brüssel

25. März 2016 — Die Anschläge von Brüssel haben es endgültig bewiesen: So viele Datenbanken es für die nationalen Ermittlungsbehörden auch gibt, sie werden nicht richtig genutzt. Das soll nun alles besser werden,...

Deutschlandfunk Blogs

NSA-UA: Tarnmittelmaß | Deutschlandfunk Blog – Berlin:Brüssel

16. Oktober 2015 — Alle redeten von Selektoren, einige redeten von Drohnen. Und beides spielte im Bundestag am Donnerstag die Hauptrolle. Das eine rund um das Parlamentarische Kontrollgremium für die Nachrichtendienste,...



Deutschlandfunk

Russland "NATO-Russland-Rat in der Krise nutzen" - Deutschlandfunk

7. September 2014 — Ein Instrument, mit dem man Russland jederzeit wieder eine Brücke zur Verhaltensänderung bauen könne, sei der NATO-Russland-Rat, erklärt Riecke im DLF.

Deutschlandfunk Bilder

Datum: 31. Oktober 2023 Boris Pistorius im Gespräch ... - Deutschlandfunk

Wie erreichen Sie denn diese Kriegstüchtigkeit, wenn es der Bundeswehr, wie wir wissen und immer wieder lesen, an Geld, Gerät, Personal fehlt und auch ganze Strukturen verändert werden müssen?

Deutschlandfunk

Hörspiel Feature Radiokunst - Deutschlandfunk

Ein großes Problem bei der NATO-Erweiterung war immer, dass sie zwar ein hohes Maß an Sicherheit und Stabilität für die der NATO beigetretenen Länder geschaffen, nicht aber die Unsicherheiten...

Deutschlandfunk Bilder

Datum: 22. Dezember 2023 Roderich Kiesewetter, (CDU), Mitglied des ...

Die deutsche Antwort darauf ist das, was der Verteidigungsminister mit Kriegstüchtigkeit be-antwortet hat. Das ist Opposition gegen das Kanzleramt, weil die Bundeswehr nicht die aus-reichenden...

Deutschlandfunk

Die Wurzeln des Misstrauens Russland und die Verhandlungen zur ...

Der Westen hat nie versucht, mit Russland über Sicherheit zu sprechen, nur ohne oder gegen das Land. Die Erweiterung der NATO war eine zunehmende Bedrohung für die nationale Sicherheit...

Deutschlandfunk

Hörspiel Feature Radiokunst - assets.deutschlandfunk.de

Sprecher 1: Die NATO und Russland betrachten einander nicht als Gegner. Sie verfolgen gemeinsam das Ziel, die Spuren der früheren Konfrontation und Konkurrenz zu beseitigen und das gegenseitige...

Deutschlandfunk Bilder

Ein Porträt Russlands in fünf Verbrechen - Deutschlandfunk

Ein Porträt Russlands in fünf Verbrechen Von Holger Heimann Deutschlandfunk, Andruck, 19.02.2024 Die russische Armee geht grausam und gewaltsam gegen Soldatinnen wie Zivilisten in der Ukraine...



Deutschlandfunk

Krisendiplomatie auf Hochtouren - NATO will Russland antworten

Ukraine-Russland-Konflikt. Wie wahrscheinlich ist eine militärische Konfrontation, welche Folgen hätte sie?

[Deutschlandfunk Bilder](#)

[Verehrt und angespien - Deutschlandfunk](#)

[Volkes im Geist der Wehrhaftigkeit! Ich übergebe der Flamme die Schriften von Erich Maria Remarque. Hanns Heinz Ewers: Widerlich... einfach widerlich. Wollte mich mit diese n Possen ein wenig aufheitern...](#)



[Deutschlandfunk](#)

[NATO-Generalsekretär Stoltenberg: "Russland muss Truppen abziehen ...](#)

[Wegen des Angriffskriegs Russlands auf die Ukraine haben die EU, die USA und weitere Länder umfangreiche Sanktionen verhängt. Ein schnelles](#)

[Uppsala Conflict Data Program](#)

[UCDP Charts, Graphs and Maps - Uppsala University](#)

[UCDP GED map: Active state-based conflicts in 2023. The official charts, graphs and maps download page of the Uppsala Conflict Data Program \(UCDP\), the world's main provider of data on organized violence.](#)

[Uppsala Conflict Data Program](#)

[ARMED CONFLICT BY TYPE, 1946-2019 - Uppsala University](#)

[19. Mai 2020 — 1946 1947 1948 1949 1950 1951 1952 1953 1954 1955 1956 1957 1958 1959 1960 1961 1962 1963 1964 1965 1966 1967 1968 1969 1970 1971 1972 1973 1974 1975 1976 1977 1978 ...](#)



[Wikipedia](#)

[Political violence](#)

[5. November 2024](#)

[Uppsala Conflict Data Program](#)

[UCDP - Uppsala Conflict Data Program](#)

The Uppsala Conflict Data Program (UCDP) has recorded ongoing violent conflicts since the 1970s. The data provided is one of the most accurate and well-used data-sources on global armed conflicts and...

Uppsala Conflict Data Program

UCDP Dataset Download Center - Uppsala University

A conflict-year dataset with information on armed conflict where at least one party is the government of a state in the time period 1946-2023. Available as: Version history. Please cite: • Davies, Sha...

Uppsala Conflict Data Program

UCDP - Uppsala Conflict Data Program - Uppsala University

The Uppsala Conflict Data Program (UCDP) has recorded ongoing violent conflicts since the 1970s. The data provided is one of the most accurate and well-used data-sources on global armed conflicts and...



NATO's Rutte calls for more Western support for Ukraine, warns of Russian alliances

12. November 2024 — NATO Secretary-General Mark Rutte urged Western allies to enhance their support for Ukraine to alter the conflict's course with Russia. During a pre-meeting speech with French President Emmanuel Macron in Paris, Rutte emphasized increasing the pressure on Putin and his authoritarian allies by providing necessary support to Ukraine. He expressed concerns over Russia's growing affiliations with China, Iran, and North Korea, which heighten the threat not only to Europe but also to the Indo-Pacific and North America. Reports indicate that North Korea has sent thousands of troops to aid Russia in the war. Macron stressed the importance of a fortified Europe within NATO and as a response to U.S. expectations, especially in light of Donald Trump's re-election. Trump had previously insisted that European NATO members boost their defense spending and reduce dependency on U.S. military support.



Russia–NATO relations

7. November 2024



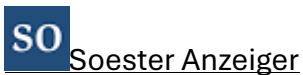
Ukraine-Krieg im Liveticker: +++ 16:17 NATO-Admiral Bauer: Putin-Sieg "nicht im Interesse der USA"

13. November 2024 — Die NATO und die EU fürchten, dass der künftige US-Präsident Donald Trump die milliardenschweren Militärhilfen seines Landes für die Ukraine kürzt. Sorge ruft zudem der Zusammenbruch der Ampel-Koaliti...



Einsatz nahe Kursk Nordkoreas Truppen-Hilfe für Russland beunruhigt die Nato

13. November 2024 — Nato-Generalsekretär Mark ... für eine stärkere Unterstützung der von Russland angegriffenen Ukraine. Man müsse mehr tun ...



Schweden rüstet nach NATO-Beitritt massiv auf – und zahlt hohen Preis

13. November 2024 — Das änderte sich schlagartig mit dem Angriff Russlands ... den NATO-Beitritt zu tun.“ Das habe zu innenpolitischen Spannungen ...



Spannungen über der Ostsee: Eurofighter begleiten Putins Spionage-Jet

12. November 2024 — In letzter Zeit häufen sich die Sichtungen russischer Flugzeuge im Luftraum der Ostsee. Allein vom 21. bis 27. Oktober wurden die Nato-Kampfflugzeuge, die im Baltikum Luftraumpatrouillen durchführten,...



NATO wappnet sich gegen Russland: Mit dieser ... - Euronews

14. Juni 2024 — Russland hat nach Angaben von Generalsekretär Jens Stoltenberg erneut ein hohes Maß an Feindseligkeit gegenüber den NATO-Verbündeten gezeigt.



Vergleich des Militärs von NATO und Russland 2024 | Statista

19. März 2024 — Vergleich des Militärs von NATO und Russland 2024. In den NATO-Ländern gab es im Jahr 2024 ca. 3,39 Millionen aktive Soldatinnen und Soldaten. Rechnet man die Reserveeinheiten sowie die...



Russland und Nato: Steht die totale Eskalation vor der Tür? - t-online.de

19. Januar 2024 — Russland ist nie davon ausgegangen, dass es die Nato in einem länger andauernden Landkrieg besiegen könnte, wie wir ihn in der Ukraine sehen.



Ukraine: Wie ein Krieg zwischen Russland und Nato aussehen könnte

15. Januar 2024 — Demnach skizziert das deutsche Verteidigungsministerium in einem Dokument unter Verschluss detailliert den möglichen "Weg in den Konflikt" zwischen Russland und der Nato.



Spannungen an Nato-Ostgrenze: Wie Belarus Polen provoziert

6. August 2023 — 06.08.2023 | 07:24. |. Die Lage an der polnischen Grenze zu Belarus spitzt sich zu. Wagner-Truppen im Nachbarland, belarussische Hubschrauber und steigende Flüchtlingszahlen alarmieren Warschau.



Nato-Osterweiterung: Was Russland und der Westen vereinbarten – und was ...

12. Dezember 2022 — Update, 12. Dezember 2022: Wir haben im Abschnitt „Hat sich die Nato seit Ende des Kalten Kriegs nach Osten erweitert?“ die Information korrigiert, wie viele ehemalige Staaten der Sowjetunion und des...



Euronews

Russlands Problem mit der NATO: Wie soll der Westen reagieren?

12. Februar 2022 — Die Spannungen zwischen Russland und dem Westen haben zugenommen, seit Wladimir Putin seinen Stellvertreterkrieg in der Ostukraine begonnen und die Krim annektiert hat. Als Reaktion darauf hat...



Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP)

Ukraine im Nato-Russland-Spannungsfeld - Stiftung Wissenschaft und ...

11. Februar 2022 — Am 17. Dezember 2021 hat Moskau zwei Vertragsentwürfe vorgelegt, um die Fortsetzung der Nato-Erweiterung nach Osten zu stoppen. Zugleich will es verhindern, dass das Bündnis Truppen an den Grenzen Ru...



Deutsche Welle

Auferstehung: NATO-Russland-Rat tagt – DW – 11.01.2022

11. Januar 2022 — Russland hatte nach Darstellung der NATO eine ständig ausgesprochene Einladung angenommen, nachdem US-Präsident Joe Biden und der russische Präsident Wladimir Putin wegen der Spannungen rund...



Deutsche Welle

Putin und die NATO: Es eskaliert weiter – DW – 19.10.2021 - dw.com

19. Oktober 2021 — Das Einfrieren der Beziehungen zur NATO gibt dem Kreml eine neue Chance, die Spannungen an der Ostflanke der NATO und mit der Ukraine weiter zu erhöhen, meint Konstantin Eggert.



Wikipedia – Die freie Enzyklopädie

Beziehungen zwischen der NATO und Russland – Wikipedia

Anfang März 2014 verschärfen sich die Spannungen zwischen der NATO und Russland infolge der russischen Annexion der Krim: Die NATO forderte Russland auf, seine Aktionen einzustellen, und erklärte, si...



Will Russland ein Nato-Land angreifen? Warum die Politik warnt

Putin selbst erklärte vor einigen Monaten, Russland habe kein Interesse an einem Krieg mit Nato-Staaten. Darauf verlassen will sich nach den Erfahrungen mit der Ukraine niemand.



BND warnt vor Angriff Russlands auf die Nato - ZDFheute - ZDFmediathek

Nach Einschätzung des Bundesnachrichtendienstes würde Putin auch einen Angriff auf die Nato wagen. Die Kapitulation der Ukraine würde Russlands "Machthunger nicht stillen".



Russischer Diplomat mahnt: Finnland wird als erstes "leiden" - ZDFmediathek

Nach Ansicht des russischen Diplomaten Michail Uljanow wird Finnland das erste Land sein, das unter einer Eskalation der Spannungen zwischen Russland und der Nato zu leiden haben wird.



Kreml vs. Nato: Warum sich Europa Kriegsrisiken stellen muss

Militärexperten warnen vor Risiken eines russischen Angriffs auf Nato-Gebiet. Wie real die Gefahr ist und warum es politisches Umdenken braucht.



Konflikt Nato – Russland: Zwischen Drohungen und neuem Dialog

Das Säbelrasseln zwischen Russland und dem Westen wird lauter und schriller. Die Nato hat nun einen ersten konkreten militärischen Schritt unternommen und die Einsatzbereitschaft für ...



Schnell erklärt: Wieso Russland die Nato als Bedrohung sieht

Nach dem Zerfall der Sowjetunion drängten viele unabhängig gewordene Staaten in die Nato. Sie fürchteten ein wiedererstarkendes Russland.

De Gruyter

Russland im Strategischen Konzept der NATO - De Gruyter

Russland hat hinreichend bewiesen, dass es fähig und bereit ist, mit militärischer Gewalt vorzugehen, und versucht nach wie vor, die Risse zwischen den Verbündeten sowie innerhalb der NATO-Gesellschaft...



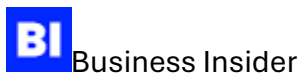
Die NATO: Rückbesinnung auf den Kernauftrag | bpb.de

Seit dem Angriff Russlands auf die Ukraine besinnt sich die NATO wieder mehr auf ihren 1949 verankerten Kernauftrag, der Verteidigung ihrer



Infografik: Wo sind in Europa Atomwaffen stationiert?

16. Februar 2024 — Aktuell sind laut Angaben der Internationalen Kampagne zur Abschaffung von Atomwaffen noch etwa 180 US-Atombomben des Typs B61 in Europa stationiert - darunter bis zu 20 auf dem Fliegerhorst...



Für den Ernstfall: Diese Atombomben lagert das US-Militär in Deutschland

6. März 2022 — Im beschaulichen Büchel, das nur rund 1200 Einwohner zählt, lagern die USA schätzungsweise 20 Atombomben. Das ist jedoch nicht bestätigt, da die Bundesregierung bisher keine konkreten Zahlen preisgegeben hat.



Bundeswehr

US-Raketensysteme in Deutschland ab 2026 - Bundeswehr

30. Oktober 2024 — Die Entscheidung zur Stationierung weitreichender US United States-Waffensysteme in Deutschland hat politische Kontroversen verursacht. Raketen, Marschflugkörper und Hyperschallwaffen sollen ab 2026 –...

Deutscher Bundestag

Stationierung von US-Mittelstreckenraketen in Deutschland

21. Oktober 2024 — Berlin: (hib/AHE) Die Bundesregierung verteidigt ihre Entscheidung zur Stationierung von US-Mittelstreckenraketen in Deutschland.



ZDFmediathek

Nach dem INF-Vertrag: US-Waffen in Deutschland stationieren?

30. Juli 2024 — In Deutschland ist eine Debatte über die geplante Stationierung von US-Waffen entbrannt. Verteidigungsminister Pistorius erntet für den Plan Kritik – auch aus seiner Partei.



BR.de

US-Raketen in Deutschland: Was steckt hinter den Plänen?

22. Juli 2024 — Die US-Regierung hat angekündigt, Tomahawk-Marschflugkörper, Flugabwehrsysteme vom Typ SM-6 und Überschallwaffen in Deutschland zu stationieren. Dies soll ab dem Jahr 2026 passieren. Die ...



ZDFmediathek

Stationierung von US-Waffen in Deutschland - ZDFheute - ZDFmediathek

11. Juli 2024 — Deutschland zahlt für neue US-Raketensysteme, die Russland abschrecken sollen. Das wurde auf dem NATO-Gipfel in Washington beschlossen.



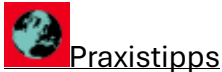
[USA stationieren weitreichende Waffensysteme in Deutschland](#)

[10. Juli 2024 — Marschflugkörper, Überschallwaffen, Flugabwehrraketen: Die USA wollen von 2026 an viele weitreichende Waffen in Deutschland stationieren, um auf einen Konflikt mit Russland vorbereitet zu sein ...](#)



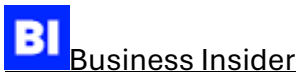
[Infografik: Wo sind in Europa Atomwaffen stationiert?](#)

[16. Februar 2024 — Aktuell sind laut Angaben der Internationalen Kampagne zur Abschaffung von Atomwaffen noch etwa 180 US-Atombomben des Typs B61 in Europa stationiert - darunter bis zu 20 auf dem Fliegerhorst...](#)



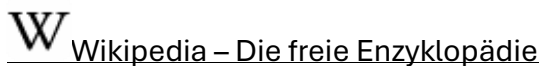
[Hat Deutschland Atombomben? Alle Informationen | FOCUS.de](#)

[3. Mai 2022 — Deutschland hat keine eigenen Atombomben. Trotzdem liegen rund 20 Atombomben des Typ B61 in der Eifel im Atomwaffenstützpunkt „Fliegerhorst Büchel“. Sie gehören den USA und sind Teil des...](#)



[Für den Ernstfall: Diese Atombomben lagert das US-Militär in Deutschland](#)

[6. März 2022 — Im beschaulichen Büchel, das nur rund 1200 Einwohner zählt, lagern die USA schätzungsweise 20 Atombomben. Das ist jedoch nicht bestätigt, da die Bundesregierung bisher keine konkreten Zahlen preisgege...](#)



[Kernwaffen in Deutschland – Wikipedia](#)

[Die Vereinigung der Amerikanischen Wissenschaftler \(FAS\) äußerte in ihrem jährlichen Bericht zum Stand der Atomaren Bewaffnung der US-Streitkräfte von 2021 die Vermutung, dass ungefähr 100 Kernwaffen...](#)



[Warum die USA Raketen in Deutschland stationieren - ZDFheute - ZDFmediathek](#)

[Die USA verfügen über zahlreiche Standorte in Deutschland und Europa. Wo etwa die US-Atomwaffen in Europa stationiert sind, sehen Sie auf dieser Karte:](#)



[Raketen-Stationierung: Bundestag muss nicht gefragt werden](#)

[An einer Entscheidung zur Stationierung weitreichender US-Waffensysteme in Deutschland muss das Parlament nicht beteiligt werden. Zu diesem Schluss kommt der Wissenschaftliche Dienst des...](#)

[ICAN Deutschland](#)

[Atomwaffen in Deutschland | ICAN Deutschland](#)

[Die B61-Atombombe war über mehrere Jahrzehnte die am meisten verbreitete Atomwaffe der USA. Sie wurde ab 1968 in großer Stückzahl in Europa stationiert. In Deutschland wurden die Massenvernichtungswaf...](#)

[ICAN Deutschland](#)

[Atomwaffen weltweit | ICAN Deutschland](#)

[Im Besitz der neun Atomwaffenstaaten befinden sich ca. 12.500 Atomwaffen. Das ist zwar viel weniger als auf dem Höhepunkt des Kalten Krieges, bedeutet aber immer noch einen Overkill für die Welt. 89%...](#)

[Deutscher Bundestag](#)

[Kurzinformation Zu den in Deutschland stationierten amerikanischen ...](#)

[Über Zahl, Typ, Standort oder Einsatzbereitschaft der auf deutschem Boden stationierten ameri-kanischen Atomsprengköpfe bzw. Atomwaffen kursieren zum Teil unterschiedliche Angaben in Medien und Fachpu...](#)



[Startseite](#)

[Kernwaffen in Deutschland - Greenpeace](#)

[Deutschland lehnen Atomwaffen mit großer Mehrheit ab. Laut repräsentativen Umfragen von Kantar im Auftrag von Greenpeace aus den Jahren 2019 und 2020 waren mit 84 Prozent \(2019\) und 84 Prozent \(2020\)...](#)

[Bundeszentrale für politische Bildung](#)

[Atomwaffen in Europa | Krieg und Frieden - bpb](#)

[Zu Beginn des Jahres 1960 lagerten in der Bundesrepublik bereits zehn Typen atomarer Waffen. Fast alle besaßen eine größere Sprengkraft als die Bombe, die Hiroshima zerstört hatte. So begann eine atom...](#)



[Stiftung Wissenschaft und Politik \(SWP\)](#)

[Deutschland, die Nato und die nukleare Abschreckung](#)

■ [Deutschland ist über die »nukleare Teilhabe« in die atomare Abschreckungspolitik der Nato eingebunden. Die Fähigkeit, mit deutschen](#)